



Tim Hayward
(University of Edinburgh)

Kommunikation der Geheimdienste mit der Öffentlichkeit

<https://cdoi.org/1.1/063/000035> (Translation. English Original: <https://cdoi.org/1.2/065/000027>)

Abstract

Der Artikel thematisiert Formen der Beteiligung von Geheimdiensten an der öffentlichen Kommunikation. Im Fokus stehen insbesondere jene Aktivitäten, die darauf abzielen, die öffentliche Meinung in ihrem Heimatland zu beeinflussen. Die wichtigsten Arten von Aktivitäten werden charakterisiert und deren voraussichtliche Vor- und Nachteile sowohl für die Geheimdienste als auch für die Öffentlichkeit werden bewertet. In diesem Zusammenhang wird auch untersucht, welche Begründungen dafür gegen werden, warum Geheimdienste im Rahmen ihrer Aufgabe der Spionageabwehr Anti-Desinformationsmaßnahmen koordinieren, und es werden die maßgeblichen koordinierten Schritte hervorgehoben, die die Länder des NATO-Bündnisses zur Unterstützung dieser Maßnahmen unternommen haben. Als zentrales Problem wird festgestellt, dass die in dieser Arbeit operationalisierte Definition von Desinformation auch wahre Informationen umfassen kann, wenn diese einem Gegner dienen. Dies trägt gezwungenermaßen nicht zur besseren Informiertheit der Öffentlichkeit bei. Es wird darüberhinaus gezeigt, dass im Zuge von Anti-Desinformationsbekämpfungsmaßnahmen auch begründeter Widerspruch unter dem Begriff der ‚Desinformation‘ subsumiert werden kann, da diese Maßnahmen sich weitgehend der Rechenschaftspflicht entziehen und oft unethisch und manchmal illegal und verfassungswidrig sind. Im schlimmsten Fall können sie ungerechtfertigten Krieg und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unterstützen. Daher bestehen gute Gründe für Bürgerinnen und Bürger und in besonderem Maße für die akademische Forschung, gegenüber Mitteilungen geheimdienstlicher Herkunft eine grundlegende kritische Distanz zu wahren.

*“fidarsi è bene e non fidarsi è meglio ...”
– Vittorio Imbriani*

Einleitung

Die Geheimdienste haben in innerstaatlichen Gemeinschaften eine besondere und fest verankerte Rolle. Diese Aufgabe ist es, Informationen im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit und andere wichtige nationale Interessen zu sammeln, die dann an die zuständigen staatlichen Stellen weitergeleitet werden müssen. Darüber hinaus wird von ihnen erwartet, sich bei Bedarf an der Spionageabwehr beteiligen. Aus guten Gründen, die von der Öffentlichkeit in der Regel akzeptiert werden, müssen Geheimdienste geheim arbeiten können. Obwohl einige geheimdienstliche Produkte, die eher der sozialwissenschaftlichen Forschung als der Spionage zuzuordnen sind, wie etwa das World Factbook der CIA, einem öffentlichen Publikum zugänglich gemacht werden können, gehört

das Informieren der Öffentlichkeit traditionell nicht zu den Hauptaufgaben der Geheimdienste. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass sie im Verlauf der vergangenen Jahre die Beteiligung an bestimmten Aspekten der öffentlichen Kommunikation zunehmend als Teil ihres Auftrags zu betrachten begonnen haben. Dies ist zumindest im Vereinten Königreich der Fall, wo sich die Leiter von Geheimdiensten direkt an die Öffentlichkeit gewandt haben, um ihr Engagement für das Verständnis der Öffentlichkeit für aktuelle Angelegenheiten zu bekunden.

Ein Grund dafür scheint die durch das Internet ermöglichte Zugänglichkeit von Open-Source-Materialien zu sein, die Informationen preisgeben können, für deren Beschaffung traditionell Geheimdienstexperten erforderlich waren. Ein Grund, der von Geheimdienstchefs für ihr zunehmend öffentliches Profil angeführt wird, ist sicherlich die Sorge, dass die Öffentlichkeit durch inoffizielle Mitteilungen irreführt oder verwirrt werden könnte. Der Leiter des MI5, beispielsweise, hat öffentlich seinen Stolz über die Rolle der britischen Geheimdienste bei der ‚Aufdeckung von Desinformationsversuchen‘ geäußert; er hat, darüber hinaus, ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ‚extremistische Einflussnehmer‘, die ‚Verschwörungstheorien verbreiten‘, in den Zuständigkeitsbereich des britischen Inlandsgeheimdienstes fallen (McCallum 2022). Der Leiter des GCHQ, Jeremy Fleming (2022), hat sich in ähnlicher Weise verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ‚Desinformationskampagnen‘, die darauf abzielen, ‚Verwirrung zu stiften‘, ‚Misstrauen in Informationsquellen zu säen‘ und ‚falsche Narrative zu verbreiten‘, keinen Erfolg haben. Der Leiter des MI6 hat sogar damit begonnen, Twitter als Teil einer offensichtlichen Kampagne zu nutzen, um den Eindruck einer öffentlichen Rechenschaftspflicht zu erwecken – während er gleichzeitig die spezifische Ansicht darüber, was als ‚Desinformation‘ zu betrachten ist und was nicht bekräftigt – die von westlichen Regierungen unterstützt wird. Er bekräftigt, dass eine Schlüsselrolle seines Dienstes darin besteht, ‚westliche demokratische Werte zu behaupten und zu verteidigen‘ (Moore 2021). Darüber hinaus hat der Chef der britischen Armee, General Sir Nick Carter, die Arbeit der 77. Brigade gelobt, deren Kernaufgabe die ‚Bekämpfung von Desinformation‘ in einem ‚Informationskrieg‘ ist (Carter 2018) – eine Rolle, die sie insbesondere während der Covid-Situation gespielt hat (Baker 2020).

Desinformation entgegenzutreten, wird also als eine Kernaufgabe angesehen. Potenziell problematisch daran ist jedoch, dass das operative Verständnis von ‚Desinformation‘ nicht unbedingt mit dem übereinstimmt, was man gemeinhin darunter versteht, nämlich Falschinformationen. Denn ‚Desinformation‘ kann durch den strategischen Einsatz ausgewählter Wahrheiten vermittelt werden, was zur Folge hat, dass einige Wahrheiten als problematisch angesehen werden und einer ‚Kontextualisierung‘ bedürfen. Doch wie weit die Geheimdienste bei der Bereitstellung von ‚Kontext‘ gehen können, ist eine Frage mit Dimensionen sowohl der Legitimität als auch der Kompetenz. Denn das eigentliche Projekt der ‚Bekämpfung von Desinformation‘ ist in mehrfacher Hinsicht problematisch, wie ich an anderer Stelle dargelegt habe,¹ und die Beteiligung von Geheimdiensten an diesem Projekt gibt Anlass zu erheblichen weiteren Bedenken. Wenn sie die Aufgabe übernehmen, die Öffentlichkeit zu informieren – oder sogar zu bilden – dann tun sie dies ohne eine zentrale Art von Zusicherung, die von offeneren Formen der Kommunikation geleistet wird, nämlich jener der Überprüfbarkeit. Der Zweck von Geheimdiensten besteht darin, Wissen in einer Weise zu generieren, die für die Öffentlichkeit normalerweise nicht replizierbar ist. Sie muss auf der Basis reinen Vertrauens angenommen werden. Da wir aber davon ausgehen müssen,

dass eine der notwendigen Fähigkeiten der Geheimdienste darin besteht, das Vertrauen von Menschen zu gewinnen, die sie möglicherweise täuschen oder verraten, wäre es gerechtfertigt, dass die Öffentlichkeit ihre Mitteilungen mit Vorsicht behandelt.

Die Erörterung dieses Papiers bezieht sich auf ein weites Feld, das manchmal als *öffentliche Diplomatie* bezeichnet wird, sich jedoch in drei ganz unterschiedliche Arten, gliedert, wie geheim- bzw. geheimdienstliche Tätigkeiten die Interaktion mit der Öffentlichkeit involvieren können. Bei der ersten Form wenden sich die Leiter oder Vertreter der Behörde direkt an die Öffentlichkeit. Dies kann als die rechenschaftspflichtigste, aber auch als die am wenigsten informative Form des Engagements angesehen werden. Wie in Abschnitt 1 bereits erwähnt, handelt es sich bei ihren direkten Mitteilungen entweder um eher biedere PR oder sie geben offizielle Erklärungen wieder, die von Regierungsstellen bereits an die Öffentlichkeit weitergegeben wurden. Offensichtlich sollen solche Mitteilungen die Agenturen in ihrem besten Licht zeigen, aber ihr konkreter Zweck scheint eher darin zu bestehen, ihre Rekrutierungsbasis zu erweitern, als ihre besonderen Fähigkeiten zu nutzen, um die Öffentlichkeit auf sinnvolle Weise aufzuklären.

Sofern die Geheimdienste wirklich neue und potenziell wichtige Informationen an die Öffentlichkeit weitergeben, kommen diese in der Regel nicht direkt von den Diensten selbst, sondern werden in Erklärungen von autorisierten Regierungsbeamten übermittelt. Diese Art der öffentlichen Kommunikation wird in Abschnitt 2 untersucht, wo auch festgestellt wird, dass die Sprache, in der geheimdienstliche Bewertungen zitiert werden, in der Regel mit Vorsicht gewählt und die Worte sorgfältig gewählt sind. Die Möglichkeiten der bürokratischen Nuancierung bieten einen beträchtlichen Spielraum für kreative Interpretationen oder *spin* bei der Übermittlung ausgewählter Botschaften durch offizielle Sprecher. Dies kann manchmal nur bedeuten, den wahren Kern der übermittelten Informationen zu betonen, aber wenn dies gewünscht ist, kann der vermittelte *spin* auch dazu dienen, in die Irre zu führen oder zu täuschen. Die Frage, ob in den Geheimdiensten selbst politische Absichten am Werk sein könnten, lässt sich nur schwer untersuchen, ist aber in Bezug auf die Spionageabwehr von einiger Bedeutung. Denn wie in Abschnitt 3 dargelegt, sind die Möglichkeiten der Täuschung umso größer, wenn Geheimdienste durch verdeckte Operationen angeblich im Interesse der Öffentlichkeit ‚gegen Desinformation‘ im Namen des öffentlichen Interesses vorgehen, indem sie verdeckte Operationen einsetzen. Es liegt in der Natur der Sache, dass es schwierig sein kann, diese Aktivitäten zu recherchieren, aber Abschnitt 4 stützt sich auf Informationen, die an die Öffentlichkeit gelangt sind, und zeigt ein besorgniserregendes Ausmaß an betrügerischen Aktivitäten, die von Geheimdiensten nicht nur gegen designierte Gegner oder Sicherheitsbedrohungen, sondern auch gegen Mitglieder der Öffentlichkeit durchgeführt oder geduldet wurden. Eine solche Tätigkeit, die es ermöglicht, begründeten Dissens unter dem Etikett der gegnerischen Einmischung zu subsumieren, könnte wohl als eine realere, gegenwärtigere und genauer beschreibbare Gefahr angesehen werden als jene, die das angebliche Problem der ‚Desinformation‘ darstellt. Denn sie beeinflusst sicherlich das öffentliche Verständnis, tut dies aber ohne Rechenschaftspflicht, manchmal auf unethische und sogar gelegentlich illegale und verfassungswidrige Weise. Im schlimmsten Fall unterstützt sie nicht die Institutionen eines demokratischen Staates, sondern die Pläne mächtiger Interessen, die zur Durchsetzung ihrer Ziele bereit sind, auf Krieg und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zurückzugreifen.

Aus diesen Gründen wird abschließend bekräftigt, dass Akademiker, die an den Wert der

freien Forschung glauben, eine aktive epistemische Sorgfalt im Hinblick auf Informationen walten lassen sollten, die die Öffentlichkeit von Seiten erreichen, die selbst nicht für eine deliberative Bewertung offen sind.

1. In ihren eigenen Worten

Welchen Nutzen könnte sich die Öffentlichkeit von einer direkten Ansprache der Mitglieder der Geheimdienste erhoffen? Die vordergründige Aufgabe der Geheimdienste in einer modernen Demokratie besteht darin, ihre Institutionen und ihre Lebensweise vor Angriffen oder Unterminierung zu schützen. Das Bekenntnis zu den Grundwerten der Demokratie, einschließlich der freien Meinungsäußerung und einer freien Presse, würde im Mittelpunkt dieses Schutzauftrags stehen. Vielleicht könnten geheimdienstliche Mitteilungen das Verständnis der Öffentlichkeit für Ereignisse in der Welt verbessern, insbesondere für solche, die eine Bedrohung für den Frieden und die Stabilität der Gesellschaft darstellen. Insofern, als Versuche, die Demokratie zu unterminieren, über ‚Informationskriegsführung‘ gelenkt werden, könnten die Geheimdienste eine Rolle bei der öffentlichen Identifizierung feindlicher Kommunikation spielen. Bei all diesen Aktivitäten sollte von den Mitgliedern der Dienste erwartet werden, dass sie sich ethisch korrekt verhalten – so wie sie kommunizieren, dies auch im Rahmen ihrer traditionelleren Tätigkeiten der Spionage und Spionageabwehr anzustreben.

Im Prinzip könnten Geheimdienste also einen wertvollen Dienst zur Aufklärung, Information und Bildung der Öffentlichkeit leisten. Es muss jedoch auch eingeräumt werden, dass diese Aufgaben so weit von ihrem Kerngeschäft entfernt sind, dass sie möglicherweise in wichtigen Punkten im Widerspruch zu diesen stehen. Denn echte Bildung in einer freien Gesellschaft beinhaltet die Weitergabe von leicht zugänglichem und prinzipiell überprüfbarem Wissen, die Unterstützung der Lernenden nicht nur dabei, sich Wissen anzueignen, sondern auch zu lernen, wie sie es selbst generieren können; die Lernenden sollten auch in der Lage sein, Fragen zu stellen, auch solche, die kritisch und herausfordernd sind. Es ist jedoch nicht klar, wie weit die Geheimdienste bei der Bereitstellung einer solchen pädagogischen Unterstützung selbst im Prinzip gehen können. Ihr eigener kommunikativer Auftrag ist selbst recht eng und restriktiv: Es geht hauptsächlich um Fragen der nationalen Sicherheit und speziell um das, was die Öffentlichkeit nach ihrer Einschätzung wissen muss, vor allem um ‚Desinformation‘ zu bekämpfen. Bevor man also überhaupt darüber nachdenkt, inwieweit die Praxis der geheimdienstlichen Tätigkeiten dem für sie reklamierten Potenzial gerecht wird, muss man sich der Spannungen auf der Ebene der Grundprinzipien bewusst sein, die dieses Potenzial von Natur aus begrenzen. Einige dieser Spannungen lassen sich aus den öffentlichen Äußerungen der britischen Geheimdienste selbst ablesen.

Die Chefs der Geheimdienste haben deutlich gemacht, dass sie der Öffentlichkeit das Gefühl geben wollen, dass sie die Qualität der Informationen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, positiv beeinflussen wollen. In jüngster Zeit haben sich die Leiter der britischen Spionagebehörden in den Medien und den sozialen Medien zu Wort gemeldet, um Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Dabei haben sie ihr Engagement für Ethik, Demokratie und die Bedeutung der Redefreiheit zum Ausdruck gebracht. Sie sind jedoch recht unspezifisch dazu, was dies bedeuten könnte. Der einzige Bereich, in dem ihre Botschaften

etwas substanzieller sind, ist ihr Engagement für ‚Gleichberechtigung und Diversität‘. In diesem Bereich gehen sie auf die Details ihrer Einstellungsziele und -strategie ein. Es könnte daher sein, dass einige dieser Werbemaßnahmen in erster Linie das relativ begrenzte Ziel verfolgen, die Rekrutierungsbasis für neue Mitarbeiter zu verbreitern. Dieses fortschrittlich klingende Bestreben, mit der Gesellschaft, der sie dienen, im Einklang zu stehen, könnte durchaus in den operativen Vorteilen begründet sein, die es für einen Geheimdienst mit sich bringt, über Beamte und Agenten zu verfügen, die in der Lage sind, ein breiteres Spektrum menschlicher Sympathien und Verständnisformen auszuüben, als dies in einem engeren kulturellen Spektrum möglich ist. Spione müssen oft in der Lage sein, sich in andere Milieus einzufügen als in die von Menschen mit kultureller Zugehörigkeit zu festen Kreisen des Establishment.

Nach der Beschreibung von McLoughlin et al. (2020: 236) ist das öffentliche Engagement für die Agenturen nicht nur für die Vielfalt, sondern auch für die Bildung wichtig. Doch der ‚Bildungsauftrag des GCHQ Auftritts in sozialen Medien‘ ist anscheinend erfüllt durch

„Inhalte, die das Bewusstsein für die Aktivitäten und die Rolle der Organisation schärfen, eine bestimmte Art von Kultur fördern und das Vertrauen in ihre Funktionen stärken. Zum Beispiel durch die Verknüpfung der heutigen Organisation mit ihrer berühmten Vergangenheit im Zweiten Weltkrieg in Bletchley Park oder durch die Hervorhebung positiver Nachrichten und offiziell unterstützter Medieninhalte des GCHQ“ (McLoughlin et al. 2020: 241).

Ernsthafter sind jedoch einige der öffentlichen Verlautbarungen, die von der Spitze der Geheimdienste ausgehen. Vor allem hören wir, dass sie ethische Grundsätze haben, die sie unbedingt einhalten wollen. So erklärte Richard Moore (2020) in seiner ersten Rede als derzeitiger Leiter des MI6, er wolle nur die ‚ethisch gebildetsten‘ Menschen für den Dienst rekrutieren. Auf Twitter hat er Unterstützung für die Botschaft des kürzlich erschienenen Buches von Cecile Fabre (2022) zum Ausdruck gebracht „Spione muss[t]en einen ethischen Kompass haben“, und behauptet, „ethische Grundsätze durchdringen die Operationen des SIS und unterscheiden uns von unseren Gegnern“ (Tweet vom 12. Mai 2022). Der MI6-interne Ethikberater, der Fabres Buch rezensierte, behauptete in ähnlicher Weise, dass viele derjenigen, die aktiv in der britischen Geheimdienstgemeinschaft arbeiten, „die ethischen Dimensionen ihrer Arbeit sehr ernst nehmen“ (Anonym (MI6 Ethics Counsellor) 2022). Tatsächlich argumentiert der MI6 Ethikberater, dass Geheimdiensten ein inhärentes ethisches Potenzial innewohnt:

„Je besser die Informationen sind, desto geringer ist die Unsicherheit und desto wahrscheinlicher ist es, dass eine Entscheidung auf soliden moralischen Grundlagen getroffen wird“ (Anonym (MI6-Ethikberater) 2022).

So verlockend diese allgemeine Aussage jedoch auch klingen mag, ist es doch eine vorsehend, davon auszugehen, dass diese Logik in jeder Situation gilt: So gibt keinen Grund dafür, warum besser informiert zu sein zwangsläufig zu einer moralischeren Entscheidung führen muss, da Menschen alle möglichen Motive dafür haben können, sich informieren zu wollen, einschließlich einiger höchst unmoralischer. Die Wahrscheinlichkeit einer moralischen bzw. unmoralischen Absicht ist unabhängig vom Grad der Unsicherheit. Bei dem Versuch, geheimdienstliche Information mit Ethik in Verbindung zu bringen, wird auch die unbequeme Komplexität sowohl von Wissen und Moral als auch der Verbindungen zwischen beiden übersehen. In Wirklichkeit – und das ist für aufrichtige öffentliche Kommunikatoren wichtig zu wissen – ist eine Verringerung der Ungewissheit kein zwangsläufiges Ergebnis

besserer Intelligenz. Manchmal führt bessere Information zu der Erkenntnis, dass eine Situation insgesamt komplexer und unsicherer ist, als man sie sich vorgestellt hatte. Umgekehrt ist ein sehr reales Problem, auf das interessierte Bürger aufmerksam sind, die zu starke Vereinfachung durch Erzählungen, die als „offizielle Narrative“ verbreitet werden (siehe Hayward 2022b). Man könnte also argumentieren, dass der Öffentlichkeit besser gedient wäre, wenn sich die Geheimdienste darauf beschränken, diejenigen tiefere Erkenntnisse zu vermitteln, die auch dazu befugt sind auf dieser Basis zu handeln, anstatt die öffentliche Verbreitung oberflächlicher Erzählungen zu unterstützen, die politischen Interessen dienen können. Denn es ist nicht so, als stünde es den Geheimdiensten frei, Erkenntnisse zu veröffentlichen, die Regierungserklärungen widersprechen. In diesem Zusammenhang sind also einzelne Mitglieder der Geheimdienste, so ernst sie ethische Bedenken auch nehmen mögen, nicht unbedingt in der Lage, das zu tun, was ihrer Meinung nach moralisch geboten wäre. Allein die Tatsache, dass ihnen Ethikberater zur Verfügung stehen, erinnert uns daran, dass sie angesichts des übergeordneten Kontextes ihrer Arbeit gezwungen sind, schwierige Entscheidungen zu treffen, die zwangsläufig auch Kompromisse bei den Prinzipien fordern können. Geheimdienste sind also schlicht nicht in der Lage, sich offen dazu zu äußern, was unter moralischen Gesichtspunkten notwendig wäre.

Dieser Punkt bezieht sich auch auf die öffentlichen Äußerungen von Geheimdienstchefs über die Demokratie und die Bedeutung der Rede- und Pressefreiheit für diese. Derartige Äußerungen sind mit Leichtigkeit im Twitter-Feed des Leiters des MI6 zu finden:

„Die Presse- und Meinungsfreiheit ist der Eckpfeiler einer funktionierenden Demokratie“.

„Meinungsfreiheit ist die Grundlage der Demokratie“.

„Die Pressefreiheit und der Zugang zu einem breiten Spektrum von Meinungen sind in einer Demokratie von entscheidender Bedeutung“.

Doch so wertvoll diese Aussagen an sich auch sein mögen, die Geisteshaltung, die in diesen Äußerungen zum Ausdruck kommt, wird in Moores Antwort auf einen Tweet eines Nicht-Briten deutlich, der ihm mitteilt: ‚Wir wollen Ihre Demokratie nicht‘:

„Nicht meine Demokratie. Demokratische Standards stehen für universelle Werte. Wollt ihr die nicht?“ (Moore 2016).

Was diese schlagfertige Antwort offenbart, ist die berufliche Unfähigkeit eines Geheimdienstchefs zu akzeptieren, dass eine bestimmte Bedeutung der Demokratie, wie sie von einem Vertreter einer Kolonialmacht verstanden wird, und insbesondere, wenn sie Universalität beansprucht, angefochten werden kann. Sein Tweet offenbart mit einem Schlag die Aushöhlung der Bekenntnisse, dass in einer Demokratie ein breites Spektrum von Ansichten entscheidend ist. Er signalisiert, dass das Spektrum streng begrenzt ist und nicht zur Diskussion steht.

Ebenfalls nicht zur Diskussion steht auch, welchen Spin eine Regierung den geheimdienstlichen Informationen gibt oder was als Desinformation zu gelten hat. Dies wird an den Beispielen deutlich, welche die Geheimdienstchefs anführen, wenn sie von ihrem Kampf gegen Desinformation sprechen. So hat beispielsweise Richard Moore die folgenden Fälle als ‚Desinformation‘ angeführt:

„Der Kreml hat Desinformationskampagnen im Zusammenhang mit dem Chemiewaffenangriff in Douma und dem Attentat in Salisbury durchgeführt. Beim Anschlag in Salisbury wurde das

Vereinigtes Königreich zum Mittelpunkt einer anhaltenden Desinformationskampagne, bei der der russische Staat direkt oder über Stellvertreter über 30 verschiedene Verschwörungstheorien verbreitete“ (Moore 2018).

Interessant ist hier, wie die Behauptung von Desinformation durch andere die Verpflichtung zur Bereitstellung tatsächlicher Informationen verdrängt. Moore wird sich dessen bewusst sein, dass Mitglieder der Öffentlichkeit ernsthafte Fragen darüber gestellt haben, was tatsächlich über die Ereignisse sowohl in Douma als auch in Salisbury bekannt ist. Der Vorwurf der Desinformation dient dazu, die Aufmerksamkeit von Fragen bezüglich der eigenen Darstellungen des Vereinigten Königreichs abzulenken. Da der Leiter des MI6 nichts sagen wird, was seiner Regierung widerspricht, muss er seine Worte und ihren Fokus mit der nötigen Sorgfalt wählen. Er deutet an, dass eine Infragestellung der britischen Version der Ereignisse eine Desinformation darstellt: Er deutet dies an, indem er sich auf nicht näher spezifizierte ‚Desinformationskampagnen‘ des Kremls bezieht. Doch selbst wenn wir davon ausgehen, dass Russland Erklärungen abgegeben hat, die die Ereignisse vernebeln, wäre es ein logischer Fehlschluss, daraus zu schließen, dass die britische Version dieser Ereignisse zwangsläufig zuverlässig ist. Denn ganz gleich, wie viele ‚Verschwörungstheorien‘ Russland oder sonst jemandem zugeschrieben werden, hat ihre Zahl keinen Einfluss auf die Frage, an deren Beantwortung die einheimische Öffentlichkeit ein Interesse hat, nämlich daran, was wirklich geschehen ist und wie festgestellt werden kann, dass die offizielle Darstellung des Vereinigten Königreichs die zuverlässigste ist. Aufmerksame Mitglieder der Öffentlichkeit haben bemerkt, dass die rätselhafte Geschichte um den Fall Skripal eine Reihe von Revisionen und Wendungen erfahren hat, bei denen große Fragen unbeantwortet blieben (McKeigue et al. 2018); sie wissen, dass das Narrativ um den Fall Douma in Frage gestellt wurde – aus der Organisation, die für die Veröffentlichung der offiziellen Darstellung verantwortlich ist und von Wissenschaftlern, die direkt an der Untersuchung beteiligt waren (Hayward 2019b).

Ein weiterer beunruhigender Aspekt ist, dass die Chefs der Geheimdienste anscheinend schlicht eine niedere Meinung von der Intelligenz der normalen Bürger haben. Als beispielsweise Ken McCallum, Leiter des MI5, 2022 von seinem Stolz auf die Rolle sprach, die das Vereinigte Königreich „bei der Aufdeckung von Desinformationsversuchen“ spielt, fügte er eine Erwähnung der „jüngsten öffentlichen Äußerungen Russlands über das Vereinigte Königreich“ hinzu, die, wie er sagt, „dumme Behauptungen enthalten, wie die jene einer Beteiligung des Vereinigte Königreichs an einem Angriff auf die Nord-Stream-Pipelines“ (McCallum 2022). Denn obwohl solche spekulativen Behauptungen über den Verbündeten der USA durchaus falsch sein könnten, gibt es genügend Informationen, die der Öffentlichkeit über andere Kanäle zur Verfügung stehen, um zu zeigen, dass sie nicht abstruser sind als Versuche, Russland zu unterstellen, es habe seine eigene Pipeline in die Luft gejagt (Cooper 2023). Alles, was McCallum einem aufmerksamen Bürger hier gezeigt hat, ist, dass die Geheimdienste bei jeder öffentlichen Äußerung verpflichtet sind, sich an die offizielle Position zu halten. Diese Tatsache allein reicht aus, um zu zeigen, warum Kritiker der Meinung sind, dass die Einmischung von Spionageagenturen in den Bereich der öffentlichen Kommunikation minimiert oder eliminiert und nicht ausgeweitet werden sollte.

Es obliegt dem Ethikberater des MI6, bei der Überprüfung von Fabres eher zuversichtlichen Annahmen über das Engagement von Spionen für ethische Werte die Quintessenz deutlich zu machen: „Geheimdienste haben die Aufgabe, das nationale Interesse

um seiner selbst willen zu verteidigen, und zwar gegen andere, die nicht dieselben Werte teilen. ... Letztendlich müssen wir wissen, auf welcher Seite wir stehen und wofür wir zu kämpfen bereit sind“ (Anonym (MI6 Ethics Counsellor) 2022). Diese nicht verhandelbare Verpflichtung der Geheim- und Sicherheitsdienste, die Position ihrer Regierung zu verteidigen, beschneidet sehr unverblümt jede Debatte über ethische und erkenntnistheoretische Fragen: Was richtig oder wahr ist, wird von diesen Diensten niemals öffentlich als das Gegenteil dessen erklärt werden, was die Regierung für richtig erklärt hat. Die Autorität, die die Dienststellen für sich als verbindlich anerkennen, ist politisch, nicht erkenntnistheoretisch oder ethisch.

Bis zu diesem Punkt konnte also festgestellt werden, dass die Vertreter der Geheimdienste, in ihren eigenen Worten, wenig sagen, was den Bürger helfen könnte, herauszufinden, wem sie in dieser Zeit der besonderen epistemischen Herausforderungen vertrauen können.

2. Öffentlich zitierte geheimdienstliche Ergebnisse

Natürlich gibt es prinzipiell gut etablierte Beschränkungen dafür, wie viele geheimdienstliche Erkenntnisse öffentlich zugänglich gemacht werden können, und es gibt Gründe, warum Vertraulichkeit die Norm ist. Aber selbst wenn Informationen veröffentlicht werden, geschieht dies in der Regel auf eine indirekte Art und Weise: Die Entscheidung, was von den Berichten weitergegeben wird, wird von den Beamten unter den von der Regierung auferlegten Beschränkungen getroffen. Aus diesem Grund findet immer eine gewisse Selektion statt; und Selektivität begünstigt die inhärente Möglichkeit, den Dingen einen bestimmten spin bzw. eine bestimmte Ausdeutung zu geben. Dies ist selbst dann der Fall, wenn Beamte gewissenhaft darauf achten, keine falschen Aussagen zu machen, denn durch spin kann eine bevorzugte Botschaft vermittelt werden, die durch die Rohdaten nicht eindeutig gestützt wird. Manchmal kann eine solche Deutung auch zu einer regelrechten Täuschung ausarten. Ein Beispiel dafür, das der Öffentlichkeit im Gedächtnis geblieben ist, war die falsche Behauptung von Massenvernichtungswaffen im „fragwürdigen Dossier“, die als Rechtfertigung für die Invasion des Irak im Jahr 2003 herangezogen wurde. Viele öffentliche Debatten drehen sich seitdem um die Frage, ob es sich dabei um eine schreckliche Ausnahme von einer allgemeineren Redlichkeitsregel handelte, die von einer bestimmten US-Regierung verursacht wurde, die dann von der neuen Präsidentschaft 2008 wiederhergestellt wurde – eine Position, die von liberalen Internationalisten weithin vertreten wird (siehe Hayward 2019a, 176-7) – oder ob es ein Hinweis auf ein tiefer sitzendes Problem von Elementen mit überparteilichem Einfluss war, die immer wieder bereit waren, die öffentliche Meinung zu manipulieren, um die Kriege zu unterstützen, in die die USA auch nach 2008 verwickelt waren. Unabhängig davon, wie man zu dieser Debatte steht, lässt sich anerkennen, dass in jede politische Entscheidung – ob man Informationen weitergibt oder zurückhält – auch politische Gesichtspunkte einfließen. Das bedeutet, dass Informationen manchmal aus politischen Gründen verfälscht werden, während in anderen Fällen die getreue Weitergabe zuverlässiger Informationen selbst einem politischen Zweck dienen kann. Daraus folgt, dass schlechte Erfahrungen aus der Vergangenheit nicht notwendigerweise bedeuten, dass öffentlichen Mitteilungen von Geheimdienstinformationen nie wieder vertraut werden kann;

aber es bedeutet auch, dass, wenn bei einer bestimmten Gelegenheit zuverlässige Mitteilungen veröffentlicht werden, dies nicht notwendigerweise ein Präzedenzfall für die Zuverlässigkeit von Mitteilungen bei späteren Gelegenheiten ist. Daher lautet die zentrale Forderung hier, dass wir immer auf den politischen Kontext der Veröffentlichung achten sollten.

Ein herausragendes Beispiel für einen Erfolg, auf den in der aktuellen Literatur verwiesen wird, sind der viel beachteten geheimdienstlichen Informationen, die einen „laufenden Kommentar zu Russlands wachsender Bedrohung für die Ukraine ab November 2021“ lieferte und die Invasion vorhersagte, die im Februar 2022 stattfinden sollte (Dylan und Maguire 2022, 34). Während dieser Zeitspanne standen viele neutrale Kommentatoren der Behauptung einer bevorstehenden Invasion skeptisch gegenüber, und kritische Kommentatoren waren geneigt, sie als symptomatisch für die allgemein feindseligen und manchmal alarmistischen Anschuldigungen des Westens gegenüber Russland abzutun. Doch die Vorhersage erwies sich als zutreffend. Es ist auch anzumerken, dass dies mit einem eher ungewöhnlichen – ja sogar beispiellosen – Ausmaß der Offenlegung von Geheimdienstinformationen einherging. Dies war eine „faszinierende Entwicklung“, die „eine Reihe von Kommentatoren – von Journalisten bis hin zu ehemaligen Sicherheitsexperten – dazu veranlasste, auf ihre Originalität hinzuweisen“ (Dylan und Maguire 2022, 34). Wir sollten uns jedoch auch die Gründe vor Augen halten, warum dieser Fall auch relativ ungewöhnlich war, indem hier recht umfangreiche positive Erkenntnisse weitergegeben wurden, und vor allem, dass dies in Echtzeit geschah. Denn es bestehen durchaus Gründe dafür, dass die Veröffentlichung von Informationen überhaupt vermieden wird, sondern auch dafür, dass positive Informationen weniger wahrscheinlich veröffentlicht werden als Warnungen der Spionageabwehr über gegnerische Desinformationen. Wenn man die Gründe für diese relative Seltenheit, kann man verstehen, warum dieser besondere Fall eher als Ausnahme denn als typisch angesehen werden kann.

Es gibt viele Gründe, warum die Veröffentlichung von geheimdienstlichen Informationen in der Regel ganz vermieden wird. Denn sie birgt zahlreichen Risiken, sich kontraproduktiv auszuwirken: Sie kann Quellen aufdecken und diesen damit schaden und sie für den Zugang zu weiteren Informationen unbrauchbar machen kann; sie kann Gegner über das, was bekannt ist, warnen und sie in die Lage versetzen, eine entsprechende Reaktion vorzubereiten; sie kann folglich dazu beitragen, das, was sie vorhersagt, abzuwenden – was auch dem Ruf der Behörde wegen ihrer fälschlichen Vorhersage schaden kann; und selbst wenn diese besondere Folge nicht eintritt, bleibt das Risiko bestehen, dass, wenn sich die geheimdienstlichen Informationen in irgendeiner Weise als falsch erweisen, dies genutzt werden kann, um die Kompetenz und den Ruf der herausgebenden Behörde zu diskreditieren. Kurz gesagt, die Veröffentlichung wertvoller Erkenntnisse ist eine Tätigkeit, bei der viel auf dem Spiel steht – und zwar, wie wir gleich noch erörtern werden, in viel ausgeprägterer Art und Weise als das Zitieren von geheimdienstlichen Quellen zum Zwecke der Kritik an der Desinformation eines Gegners.

Im Vorfeld des Krieges zwischen Russland und der Ukraine stand für die westlichen Verbündeten also offensichtlich viel auf dem Spiel. Ein klarer und überzeugender Sieg der Geheimdienste würde zwei wichtigen strategischen Zielen im Informationskrieg mit Russland dienen. Zum einen würde die Glaubwürdigkeit der westlichen Geheimdienste im weiteren Verlauf der Ereignisse nur dann gewährleistet werden können, wenn die öffentliche

Wahrnehmung, die seit der Rechtfertigung der von der Bevölkerung abgelehnten Invasion des Irak im Jahr 2003 durch fehlerhafte Geheimdienstberichte geprägt war, verändert würde. Ein offensichtlicher Erfolg würde einen wichtigen Beitrag dazu leisten und die Verbündeten und die Öffentlichkeit in dem zu erwartenden Wettstreit mit Russland mitreißen. Der Gemeinsame Geheimdienstaussschuss (Joint Intelligence Committee, JIC) des Vereinigten Königreichs leitete parallel zu den US-amerikanischen Kollegen einen Prozess ein, bei dem geheimdienstliche Ergebnisse für den externen Gebrauch aufbereitet wurden:

„In Erinnerung an die Politisierung und die Kosten des Irak-Kriegs wurden strenge Verfahren angewandt, um den Einsatz geheimdienstlicher Erkenntnisse so schnell wie möglich zu bewerten, bis zu dem Punkt, an dem – nach Aussage eines britischen Geheimdienst-Insiders – ‚hochgradig klassifiziertes Material an einem Tag auf seinem Schreibtisch lag und am nächsten Tag an die Öffentlichkeit gelangte‘“ (Dylan und Maguire 2022, 55).

Es wurde also offensichtlich darauf geachtet, die richtigen Schlüsse zu ziehen und der Erfolg wurde in den Medien verbreitet, was auch in der Wissenschaft zustimmende Kommentare hervorrief. Neben dem strategischen Ziel, den Ruf der Agenturen aufzupolieren, bestand ein zweites darin, den Gegner zu belasten.

Dieses zweite strategische Kommunikationsziel bestand darin, nicht nur festzustellen, dass die Invasion ungerechtfertigt war, was kaum jemand bestreiten würde, sondern auch, dass sie *unproviziert* war. Diese Behauptung ist insofern von Bedeutung, als es Kommentatoren gibt, die zwar anerkennen, dass die Invasion ungerechtfertigt war – sowohl völkerrechtlich als auch moralisch – aber die Frage der Provokation als eine ganz andere und nicht so eindeutig zu beantwortende Frage betrachten. Vor dem Hintergrund der Kämpfe innerhalb der Ukraine, die in den acht Jahren vor dem Einmarsch 2022 bereits mehr als 50.000 Verletzte und mehr als 14.000 Tote gefordert hatten, wird die Behauptung, der Einmarsch sei „unproviziert“ gewesen, nennenswerter Weise etwa von John Mearsheimer (Chotiner 2022) in Frage gestellt. Er verteidigt die Annahme, die Kämpfe innerhalb der Ukraine hätten beendet und die Gefahr eines Krieges mit Russland abgewendet werden können, wenn das Minsker Abkommen von 2015 umgesetzt worden wäre, dass die Neutralität der Ukraine und ihren Nichtbeitritt zur NATO garantierten. Denn die Aussicht auf einen NATO-Beitritt der Ukraine hatte Russland stets als ‚existenzielle Bedrohung‘ bezeichnet, auf die es reagieren würde. Obwohl der Hinweis auf das, was Russland als Provokation empfand, die Invasion nicht rechtfertigen konnte, hatte er doch das Potenzial, die öffentliche Meinung dahingehend zu beeinflussen, dass eine frühere Beilegung des Konfliktes, die eine Annäherung an die Modalitäten, die bereits in den Minsker Verträgen vereinbart worden war beinhalten würden, gerechtfertigt wäre. Diese Ansicht wurde von den westlichen Außenpolitikern offensichtlich nicht geteilt, die sich dementsprechend bemühten, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die unmittelbarere Tatsache der russischen Aggression zu lenken. So vertrat beispielsweise die BBC die Ansicht, dass „die beispiellose Flut von Geheimdienstinformationen ... es anderen Ländern deutlich erleichterte, sich für härtere Maßnahmen einzusetzen, als wenn es ein verworrenes und umstrittenes Bild davon gegeben hätte, wer der wirkliche Aggressor war“ (Corera 2022). In diesem Zusammenhang lautete die Einschätzung, dass „die Veröffentlichung dieses Materials Moskau der Möglichkeit beraubte, die Invasion vor der eigenen Bevölkerung und anderen Ländern als Verteidigungsmaßnahme zu rechtfertigen“ (Corera 2022).

Um diese Wahrnehmung aufrechtzuerhalten, musste man sich jedoch weiterhin dagegen

wehren, den Aggressor durch Verhandlungen zu „entgegentzukommen“, selbst angesichts der unvermeidlichen Schrecken einer Fortsetzung des Krieges. Das aktive Management der öffentlichen Kommunikation blieb also das Gebot der Stunde. Der Ukraine selbst wurde von westlichen Beobachtern schon früh eine hervorragende strategische Kommunikationskampagne bescheinigt (Ryan et al. 2022). Westliche Beamte erklärten, dass „obwohl sie zwar viele der Informationen, die Kiew über die Entwicklung der Lage auf dem Schlachtfeld verbreitet, einschließlich der Opferzahlen auf beiden Seiten, nicht unabhängig überprüfen können, es sich dennoch um eine äußerst effektive Form der strategischen Kommunikation handelt“ (Ryan et al. 2022). Ein hochrangiger NATO-Beamter berichtete der Washington Post von den beeindruckenden Medien-, Informations- und psychologischen Operationen, die in dieser involviert sind und äußerte gleichzeitig die Hoffnung, „dass sich die westlichen Länder daran ein Beispiel nehmen“ (Ryan et al. 2022). Besonders in den Wochen unmittelbar nach der Invasion wurde in den westlichen Medien eine beachtliche Disziplin an den Tag gelegt, um antirussische Botschaften zu verstärken. Schon der Vorschlag, dass die Öffentlichkeit mehr als nur eine Seite der Geschichte hören sollte, wurde von der Mainstream-Presse niedergemacht und sogar im britischen Parlament angeprangert (Hayward 2022c). Die russische Berichterstattung wurde selbst dann verurteilt, wenn sie korrekt war, während Falschmeldungen von ukrainischer Seite beschönigt wurden. Die Standards, die im Westen für öffentliche geheimdienstliche Mitteilungen gelten, wurden nun deutlich gelockert, und mehrere Beamte räumten ein, dass die USA beispielsweise „Informationen als Waffe eingesetzt haben, auch wenn das Vertrauen in die Richtigkeit der Informationen nicht sehr groß war ... über Dinge, die eher möglich als wirklich wahrscheinlich sind“ (Dilanian et al. 2022).

In diesen Mitteilungen wurde der Schwerpunkt auf die „Entlarvung“ und „vorbeugende Entlarvung“ russischer Desinformation gelegt. Das heißt, es fand eine gewisse Verlagerung von der Veröffentlichung positiver Nachrichten, wie es im konkreten Fall der russischen Militäraufrüstung vor der Invasion der Fall gewesen war, hin zur Kritik an der *Desinformation* des Gegners statt. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieser negativen Form der Nachrichtenübermittlung war für die Geheimdienste und ihre Auftraggeber zuverlässiger als der Versuch, unter den Bedingungen von Verwirrung und Unsicherheit, die in Kriegsgebieten unweigerlich vorherrschen, mit der Bereitstellung positiver Nachrichten Schritt zu halten.

Da die Entlarvung gegnerischer Behauptungen jedoch immer noch mit der Berufung auf Beweise verbunden ist, besteht weiterhin ein gewisses Risiko der Widerlegung. Dies ist besonders jetzt wichtig, da so viel Material aus Kriegsgebieten ins Internet gestellt werden kann, zu dem die Geheimdienstakteure selbst möglicherweise keinen Zugang haben. Open-Source-Intelligence (OSINT) ist mittlerweile als wichtiger Faktor in jedem Informationskrieg anerkannt. In dem Maße, in dem die staatlichen und etablierten Monopole der Kontrolle über die Informationsflüsse erodiert sind, haben nichtstaatliche Dritte, darunter OSINT-Investigatoren wie Bellingcat „größere Fähigkeiten erlangt, um unabhängig öffentlich zugängliche und kommerzielle Informationen über staatliche Maßnahmen, einschließlich einer Reihe offener und verdeckter Einflussnahme, zu sammeln, zu analysieren und offenzulegen und dadurch selbst Kosten für die Inkriminierung aufzuerlegen“ (Dylan und Maguire 2022, 44). Eine rationale Reaktion auf diese Situation besteht für Regierungen und Geheimdienste darin, mit solchen Ermittlergruppen zusammenzuarbeiten, anstatt mit ihnen zu konkurrieren. Daher unterstützen Regierungen Gruppen wie Bellingcat finanziell während

sich Beamte ihrerseits bisweilen auf deren Arbeit stützen (Dylan und Maguire 2022, 54-55). Ungeachtet ihrer Nützlichkeit ist es jedoch auch vernünftig, solchen Gruppen zu erlauben, formal unabhängig zu bleiben, insbesondere angesichts der Komplikation, dass Mitteilungen, die dem nationalen Interesse dienen, manchmal nicht die verlässlichsten sind. Um sich also darauf verlassen zu können, dass solche Gruppen dem nationalen Interesse dienen, müssen sie ein Stück weit von der Regierung entfernt bleiben, um für diese eine glaubhafte Bestreitbarkeit hergestellt ist, falls ihre eigenen Ergebnisse entlarvt werden. In einem vom britischen Außen- und Commonwealth-Amt in Auftrag gegebenen Bericht wurde darauf hingewiesen, dass beispielsweise Bellingcat weder in Bezug auf seine Unabhängigkeit noch auf seine Integrität hoch eingestuft wurde und sogar „in gewisser Weise diskreditiert war, sowohl durch die eigene Verbreitung von Desinformationen als auch durch die Bereitschaft, Berichte für jeden zu erstellen, der bereit war, dafür zu bezahlen“ (Exposé 2018, 71-2).

Im Großen und Ganzen kann dieses Arrangement jedoch aus Sicht der Behörden recht gut funktionieren; und mit der Unterstützung eines kooperativen Pressekorps kann die offizielle Darstellung in den meisten oder allen Mainstream-Medien aufrechterhalten werden. Die Ansicht, dass alles, was Russland sagt, vermutlich Desinformation ist, hat sich im Bewusstsein der westlichen Öffentlichkeit festgesetzt. Selbst in der akademischen Welt herrscht die Annahme vor, es sei nicht angemessen, die russische Perspektive in irgendeiner Angelegenheit erkenntnistheoretisch oder ethisch zu würdigen, wenn sie von der offiziellen westlichen Sichtweise abweicht. Auf diese Weise wird weiterhin in zufriedenstellender Weise Zustimmung hergestellt.

Damit wird das, woran uns der Ethikberater des MI6 erinnert, nämlich das vorrangige Ziel der Geheimdienste, die Verteidigung des nationalen Interesses, erfüllt. Dies bedeutet jedoch, dass bestimmte wichtige Fragen darüber, wo das nationale Interesse liegt und wie es sich zu anderen Aspekten des öffentlichen Interesses verhält, unbeachtet bleiben können. Schlimmer noch, sie können als feindlich angesehen werden.

3. Organisierte öffentliche Einflussnahme

Die Arbeit der Geheimdienste umfasst nicht nur das Sammeln von Informationen, sondern auch die Spionageabwehr. Dies kann eine Vielzahl von Aktivitäten und Zielen beinhalten, eine zunehmend wichtige Dimension der „hybriden Gefahr“, die es zu bekämpfen gilt, ist heute das, was sie als *Desinformation* bezeichnen. Die ‚Bekämpfung von Desinformation‘ insbesondere, ist im gesamten Westen zu einem hochrangigen strategischen Ziel geworden. In diesem Abschnitt skizziere ich daher, wie die Desinformationsbekämpfung als Teil einer Strategie zur Spionageabwehr verstanden wird und zeige auf, warum dies auch Formen des begründeten Dissens unter dem Begriff der gegnerischen Einmischung subsumiert wurden.

Zunächst muss man die Arbeitsdefinition von ‚Desinformation‘ verstehen, wie sie von denjenigen angenommen wird, die das strategische Ziel haben, sie zu bekämpfen. Die Sache, so argumentieren sie immer wieder, ist nicht einfach. Daniel Hinšť fasst zusammen, warum:

„Desinformation ist viel mehr als nur falsche Information. Es wäre ein Leichtes zu behaupten, dass die Weltgeschichte sowie die gesellschaftlichen und insbesondere die politischen Beziehungen bislang von Falschinformationen und Lügen geprägt waren und es noch sind. Auf diese Weise könnte das geopolitische Problem der modernen Desinformation leicht relativiert und sogar

ignoriert werden. Tatsächlich ist es das Ziel der Akteure hinter der Desinformation, die liberalen demokratischen Institutionen der transatlantischen Welt und ihrer demokratischen Verbündeten zu untergraben und zu relativieren. Die analytische Herangehensweise an Desinformation erfordert ein tiefes Verständnis des Kontextes, der politischen Risiken und der Motivationen von Akteuren. Während Fake News und Falschinformationen relativ leicht entlarvt werden können, erfordert Desinformation stärkere und systematischere analytische Anstrengungen, um die Risiken der Förderung massiver falscher Dilemmata zu erkennen und zu verringern, die oft mit populistischen Erzählungen, Verschwörungstheorien, öffentlicher Apathie und feindlichem geheimdienstlichen Einfluss autoritärer Mächte einhergehen“ (Hinš 2021: 89–90).

Die Risiken, die mit Desinformation verbunden sind, sind aus dieser Sicht umfassend und potenziell schwerwiegend, auch wenn sie etwas unterdefiniert sind. Es heißt, dass Desinformation die öffentliche Kommunikation verwirren, die Wahrnehmung der Realität manipulieren, politische Polarisierung verschärfen, soziale Konflikte verstärken und das Misstrauen in demokratische politische Institutionen fördern kann (Hinš 2021: 90). Eine generelle Sorge ist, dass ihre Verbreitung zu ‚ideologischem Autoritarismus und Narrativen über den „tiefen Staats“‘ führen kann, die ‚demokratische Prozesse untergraben und das Vertrauen in Institutionen wie die EU und die NATO untergraben‘ (Hinš 2021: 95). Aus dieser Sicht wird Desinformation also als Bedrohung für die Legitimität und Sicherheit der Institutionen betrachtet, die als notwendige Unterstützung für die Aufrechterhaltung der Demokratie gelten. Aus diesem Grund wird in der öffentlichen Kommunikation und auch in einigen akademischen Veröffentlichungen argumentiert, dass die mit Desinformation verbundenen Risiken eine auf nationaler und internationaler Ebene koordinierte Reaktion erfordern.

Dementsprechend wurden zur Unterstützung dieser Reaktion Exzellenzzentren in Europa eingerichtet, darunter das NATO Counter Intelligence Centre of Excellence in Polen und das European Centre of Excellence für die Bekämpfung hybrider Bedrohungen in Finnland unter der Schirmherrschaft der EU und der NATO. Diese ergänzen die Arbeit des Exzellenzzentrums für strategische Kommunikation (StratCom COE), das 2014 in Lettland eingerichtet wurde. Das StratCom COE ist eine von der NATO akkreditierte militärische Organisation, die laut Nina Jankowicz ‚die NATO informiert und in die Lage versetzt, wirksamer gegen Desinformation vorgehen zu können, und deren sekundäre Aufgabe es ist „die Öffentlichkeit für die Instrumente und Taktiken Russlands und anderer bösartiger Akteure im transatlantischen Raum zu sensibilisieren“ (Jankowicz 2019). Darüber hinaus empfehlen Poljakowa und Fried (2019) die Schaffung einer transatlantischen Koalition zur Bekämpfung von Desinformation, um die relevanten Regierungen und Social-Media-Unternehmen zusammenzubringen und Erkenntnisse darüber auszutauschen, wie ausländische Einflussnahme unterbrochen werden kann. In ähnlicher Weise hat sich der Ausschuss für auswärtige Beziehungen des US-Senats für eine Koalition ausgesprochen, um ‚das Bewusstsein für und die Widerstandsfähigkeit gegen die bösartigen Einflussoperationen des Kremls zu stärken‘ und dafür, dass die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als Forum für die Aufdeckung von Desinformationsangriffen dienen solle (Committee on Foreign Relations, 2018: 159). In den USA, wo das Global Engagement Center Desinformationsbekämpfungsmaßnahmen koordiniert, die sich vorgeblich gegen ausländische Quellen richten, wurde ebenfalls der Ruf nach ‚einem behördenübergreifende "Zentrum zur Bekämpfung ausländischer bösartiger Einflüsse", das nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland gegen Einflussnahme vorgehen soll‘ laut (Murphy 2022). Tatsächlich

war 2021 ,eine der ersten Prioritäten der Biden-Administration die Vorstellung einer nationalen Strategie zur Bekämpfung des inländischen Terrorismus. Sie beschrieb den Verlust von Vertrauen in die Regierung und die extreme Polarisierung als „angeheizt durch eine Krise der Desinformation und Fehlinformation, die oft über soziale Medienplattformen kanalisiert wird“ (Cook 2023). Im Vereinigten Königreich wurde im Februar 2022 eine neue ressortübergreifende Einheit, die Government Information Cell, eingerichtet, ,um russischen Narrativen entgegenzuwirken, russische Fälschungen und Aktionen durch kontinuierliches ‚Pre-Bunking‘ zu entlarven und die Moral der ukrainischen Regierung, des Militärs und der Zivilbevölkerung zu stärken‘ (Dylan und Maguire 2022, 55). Die Zelle stützt sich auf Fachwissen in den Bereichen Analyse, Kommunikation, Desinformation und Verhaltensforschung, indem sie ,auf einer bestehenden Kapazität zur strategischen Kommunikation für die Bekämpfung feindlicher Narrative durch die Counter Disinformation Unit im Ministerium für Digitales, Kultur, Medien und Sport (die ursprünglich gegründet wurde, um gegen COVID-19-Desinformation vorzugehen), die auf Terrorismusbekämpfung ausgerichtete Forschungs-, Informations- und Kommunikationseinheit des Innenministeriums und die 77th Brigade der britischen Armee aufbaut‘ (Dylan und Maguire 2022, 56).

In Anbetracht dieses sehr umfangreichen Engagements der westlichen Mächte bei der ‚Bekämpfung von Desinformation‘ ist es offensichtlich wichtig zu verstehen, welche Art von Aktivitäten damit verbunden sein können. Ein zentrales Ziel ihrer Aktivitäten ist die Aufdeckung und Unterbrechung von Operationen der ‚ausländischen Einflussnahme‘. Um solche Operationen *aufdecken* zu können, „ist es von grundlegender Bedeutung, die erforderlichen Fachkenntnisse zu entwickeln, um gegnerische Informationsoperationen identifizieren und überwachen zu können“ (Helmus und Kepe 2021). Zu diesem Zweck wird von einigen Akteuren empfohlen, „dass die Geheimdienste formelle und informelle Beziehungen zu Social-Media-Plattformen aufbauen; dies könnte einen effektiveren Austausch von Bedrohungsinformationen ermöglichen“ (Helmus und Kepe 2021). Staaten können „geheimdienstliche Informationen über unabhängige, kontrollierte oder dem Anschein nach nicht-staatliche Vermittler verbreiten – die selbst zu den ersten Zielen der Beeinflussung gehören können – um die eigentlichen Zielgruppen indirekt über authentischere, glaubwürdigere, sicherere oder abstreitbare Kanäle zu erreichen. Dabei kann es sich um einen vertrauenswürdigen oder kontrollierten Journalisten oder Redakteur, eine wohlwollende zivilgesellschaftliche Organisation oder politische Partei oder auch eine gefälschte Tarn-Website oder ein Social-Media-Konto handeln“ (Dylan und Maguire 2022: 38-39). Um den ausländischen Einfluss zu *unterbrechen*, besteht eine wesentliche Strategie darin, Informationen zu verbreiten, die dazu dienen, ,einen Gegner oder gelegentlich einen Verbündeten wegen seiner vergangenen, gegenwärtigen oder erwarteten Handlungen, Absichten oder sogar Überzeugungen bloßzustellen, in Verlegenheit zu bringen oder „herauszufordern““ (Dylan und Maguire 2022, 42).

Hier ist hervorzuheben, wie das Etikett der ausländischen Einmischung auf inländischen Dissens übertragen wurde. In den USA unterzeichnete Präsident Obama Ende 2016, kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt, das Gesetz zur Bekämpfung ausländischer Propaganda und Desinformation (Countering Foreign Propaganda and Disinformation Act), „dass sich der Sprache der Verteidigung des Heimatlandes bediente, um einen unbefristeten, offensiven Informationskrieg zu starten“ (Siegel 2023). ‚Desinformation‘ wurde nun offiziell als

existenzielle Bedrohung aus der Perspektive der nationalen Sicherheit betrachtet, die es rechtfertigte, als Reaktion darauf die Rechte und Freiheiten der Bürger einzuschränken: Regierungsinsider wurden mit dem Argument zitiert, „dass Gesetze, die geschrieben wurden, um US-Bürger vor staatlicher Spionage zu schützen, die nationale Sicherheit gefährdeten“ (Siegel 2023). In Großbritannien ist ein ähnlicher Prozess im Gange. Obwohl sich die Operationen der Informationskriegsführung offiziell nur gegen ausländische und nicht gegen inländische Akteure richten, zeigt sich die Unhaltbarkeit dieser Unterscheidung in Operationen in der Logik der wahrgenommenen Online-Bedrohung selbst: Wenn Online-Akteure von jedem Ort der Welt aus posten und dabei ihren Standort und ihre Identität verschleiern können, dann könnte jeder Versuch, ihren Aktivitäten entgegenzuwirken, nicht sicher zwischen ausländischen und inländischen Akteuren unterscheiden.

Diese Situation gibt Anlass zur Sorge über das Risiko, die Praktiken und Institutionen einer repräsentativen Demokratie zu untergraben. Die Frage, ob demokratischen Rechte durch strenge Maßnahmen gegen die zersetzende Wirkung feindseliger oder abweichender Meinungen oder durch die Ermöglichung offener Deliberation zur Ermöglichung der öffentlichen Diskussion über strittige Fragen wirksamer geschützt werden, ist zweifellos eine wichtige Frage. Darüber hinaus ist es in einer Demokratie auch von praktischer Bedeutung, wie eine Antwort auf diese Frage gefunden wird.

Um sich gegen inakzeptable Verstöße gegen die Rechte der Bürger abzusichern, würde man zumindest eine angemessene demokratische Kontrolle der Geheimdienste und eine angemessene Rechenschaftspflicht innerhalb ihrer Organisation erwarten. Da jedoch der Begriff ‚Desinformation‘ an sich schon so unscharf ist, kann es nicht einfach sein, eine klare und praktikable Rolle für die Geheimdienste in Bezug auf die Bekämpfung von Desinformation festzulegen. Da von Geheimdiensten erwartet wird, dass sie Regierungen auf der Grundlage genauer Tatsachenbehauptungen beraten, können sie nicht auf der gleichen Grundlage vor Desinformationen warnen, die in Wirklichkeit aus sorgfältig ausgewählten Tatsachenbehauptungen bestehen: Die erforderliche Interpretationsarbeit könnte zu unternehmen versucht werden, allerdings nur auf die Gefahr hin, dafür an Genauigkeit einzubüßen. Ein solches Risiko einzugehen, kann den Ruf einer Agentur gefährden. Es ist daher verständlich, dass diese Arbeit über die im vorigen Abschnitt dargelegten organisatorischen Vorkehrungen ausgelagert wurde. Auf diese Weise können Spezialisten für psychologische Operationen, Informationsoperationen und öffentliche Diplomatie spezielle ‚Anti-Desinformations‘-Programme entwickeln, die von Regierungen unterstützt werden, im Hinblick auf die entsprechende Rechenschaftspflicht aber auf Armeslänge gehalten werden. Ein Teil dieser Arbeit findet also ganz offen statt, wie die Existenz der erwähnten Exzellenzzentren und die wachsende Zahl von Denkfabriken und finanzierter Universitätsforschung zu allen Aspekten der ‚Desinformation‘ zeigen. Ein Teil der Koordinierung erfolgt jedoch im Verborgenen. Denn auch wenn die autorisierten Botschaften gut von Indizien gestützt und wirksam sind, bleiben sie doch anfällig für abweichende Perspektiven. Dissidenten, die schlicht unbequeme, wahre Informationen hervorheben, können aus der Sicherheitsperspektive als Bedrohung wahrgenommen werden, der man nicht einfach durch die Weitergabe solider Informationen begegnen kann. Auch wenn es für die Spionageabwehr zwingend erforderlich ist, gegen diese abweichende Meinung vorzugehen, so ergibt sich doch aus dem Risiko, dass der Ruf gefährdet wird, Unwahrheiten zu verbreiten, ein gegenteiliges Gebot. Eine Lösung besteht darin, die notwendige Arbeit im

Verborgenen und unter Bedingungen der Bestreitbarkeit durchzuführen.

Doch was aus dieser Sicherheitsperspektive als Lösung erscheint, ist aus der Sicht eines Demokratieverständnisses, das die Rechte und Freiheiten der Bürger als grundlegend für die Demokratie ansieht, ein Problem. Denn die Verbesserung der Bestreitbarkeit von Geheimdienstoperationen entzieht diese noch weiter einer wirksamen demokratischen Kontrolle.

4. Der verdeckte Umgang mit abweichenden Meinungen

Dieser Abschnitt illustriert, inwiefern die Umsetzung der offensichtlichen strategischen Ziele der Agenturen reale und schwerwiegende Auswirkungen auf die Institutionen der Demokratie und die Rechte der Bürger haben kann. Die *Aufdeckung* von Desinformation kann unzuverlässig sein, aus Gründen, die sich direkt aus der erwähnten Inkohärenz in der Konzeptualisierung von Desinformation ergeben; und die *Störung* der Aktivitäten derjenigen, die unzuverlässig beschuldigt werden, kann unethisch, antidemokratisch und manchmal illegal sein.

Obwohl die Aufdeckung und Unterbrechung von Desinformation anerkannte Ziele der offiziellen Geheimdienste sind, wird die damit verbundene Arbeit nicht notwendigerweise von ihnen durchgeführt. Aufgrund ihrer widersprüchlichen Eigenschaften haben sie, wie bereits erwähnt, einen offensichtlichen Anreiz, diese Tätigkeiten auszulagern. Wie Dylan und Maguire betonen, stützen sich die Geheimdienste auf Organisationen wie Bellingcat, um Arbeiten zu erledigen, die traditionell nicht von ihren eigenen Agenturen ausgeführt werden. Wenn es sich bei dieser neuen Arbeit lediglich um eine bestimmte Art von Fachwissen handelte, das routinemäßig benötigt wird, gäbe es keinen offensichtlichen Grund, warum die Ressourcen des Staates nicht direkt für den Erwerb und den Einsatz dieses Fachwissens eingesetzt werden könnten; im Kontext eines Informationskriegs besteht ein offensichtlicher Grund jedoch darin, dass dies eine abstreitbare Methode darstellt, um unbequeme wahre Informationen – oder auch nur unbequeme Fragen (Adamo und Joner 2023) – als ‚Desinformation‘ zu bezeichnen.

Interessanterweise lässt sich feststellen, dass die Auslagerung geheimdienstlicher Tätigkeiten bei den Bemühungen um die Aufdeckung und Unterbindung angeblicher Desinformationen im Zusammenhang mit eben jenen Ereignissen von Anfang 2018, die von den Geheimdienstchefs öffentlich als bedeutende Fälle von Desinformation bezeichnet wurden, eine wichtige Rolle spielte. Sicherlich waren sowohl die Vergiftung der Skripals in Salisbury als auch der angebliche Chemiewaffen-Angriff in Douma von bemerkenswerter politischer Bedeutung, dennoch ließ die offizielle Geschichte in beiden Fällen eine Reihe kritischer Fragen unbeantwortet und erschien in wichtigen Aspekten widersprüchlich (McKeigue et al. 2018; McKeigue et al. 2020). Heute wissen wir, dass die Bürger, die damals in den sozialen Medien auf diese Mängel hinwiesen, von einem verdeckten, von der Regierung finanzierten Programm des Institute for Statecraft (IfS) überwacht wurden: Dies kam durch die Veröffentlichung einiger IoS-Dokumente ans Licht, die offenbar gehackt worden waren (Coburg 2019). Das IfS ist eine undurchsichtige Organisation, die in einer verlassenen Mühle in Schottland registriert ist und die, obwohl sie fälschlicherweise als Wohltätigkeitsorganisation deklariert wird (Briggs 2019), vom Temple Place in London aus

unter den Augen des MI6 eine Anti-Desinformationsoperation durchführte (Elmaazi und Blumenthal 2018; Klarenberg 2019). Zufälligerweise wurde bei der Verfolgung von „Pro-Kreml-Troll-Konten“ auch ein Retweet eines Tweets meiner selbst als relevant eingestuft. Dies ist erwähnenswert, weil der Tweet selbst Eddie Mair von der BBC dafür lobte, dass er eine kritische Frage über den Vorfall in Salisbury gestellt hatte:

„Lob an @eddiemair von der BBC für seine Frage, ob das ‚Nowitschok‘-Gift von Skripal nur ‚ein von Russland entwickelter Typ‘ war oder tatsächlich dort hergestellt wurde. Die Antwort scheint zu sein, dass das niemand weiß. Weder Porton Down noch das FCO haben sich geäußert“.

Offensichtlich wurde ein britischer Staatsbürger, der einen Kommentar eines bekannten britischen BBC-Persönlichkeit weitergab, von den Troll-Trackern als eine Angelegenheit betrachtet, die in die von der britischen Regierung bezahlte Überwachung der „ausländischen Einflussnahme“ einbezogen werden sollte. Dies zeigt, dass das, was als mutmaßliche „russische Desinformation“ eingestuft wird, nicht unbedingt auch aus Russland stammt. Die von Mair gestellte Frage war ursprünglich vom ehemaligen britischen Botschafter Craig Murray aufgeworfen worden, der aufgrund seiner langjährigen Erfahrung als hochrangiger Beamter auf die vorsichtige Wortwahl aufmerksam geworden war.

Nichtsdestotrotz wurden die Ergebnisse dieser Überwachung den Mainstream-Medien in Form eines Narratives präsentiert, wonach es sich bei den verfolgten Nutzern um Bots, Trolle oder „nützliche Idioten“ für den Kreml handelt, der, so das Narrativ, zahlreiche Verschwörungstheorien aufstelle, um die Öffentlichkeit zu verwirren und das Vertrauen in die Regierung zu untergraben. Unkritische Nachrichtensender zitierten dann diese Erkenntnisse, um die Öffentlichkeit vor der „russischen Desinformationskampagne“ zu warnen. Die wacklige Basis dieser Zuschreibungen war jedoch schon damals für aufmerksame Mitglieder der Öffentlichkeit offensichtlich. Tatsächlich fanden sich einige kritisch aufmerksame Mitglieder der Öffentlichkeit als „russische Bots“ dargestellt wieder. Dazu gehörten die weltberühmte Konzertpianistin Valentina Lisitsa, die bekannte Vloggerin Maram Susli und Ian Shilling, ein britischer Staatsbürger aus Hastings, der auf Sky News zu der bizarren Anschuldigung befragt wurde: „Sind Sie ein Bot?“ (MacLeod 2021). Diese absurde Situation verdeutlichte sowohl den Mangel an methodischer Kompetenz in der Desinformationsforschung als auch die unkritische Unterwürfigkeit der Medien.

Während die Aufdeckung von Desinformationen vorhersehbar unzuverlässig war, sind auch einige der Taktiken, die zur *Unterbindung* ihrer angeblichen Verbreitung eingesetzt wurden, besorgniserregend. In der Zeit unmittelbar nach der benannten Überwachung der sozialen Medien veröffentlichten die in den Dokumenten der Integritätsinitiative genannten Journalisten beispielsweise hoch sichtbare Angriffe auf Akademiker, die öffentlich Fragen zu den Skripals und den Vorfällen in Douma gestellt hatten. Als einer dieser Akademiker war ich damals erstaunt, da in meinem Fall nicht mehr als das Zitat eines Tweets als würdiger Grund für einen Beitrag auf der Titelseite von The Times genommen wurde, der dann über andere Nachrichtenpublikationen weiterverbreitet wurde (Hayward 2018). Der einzige mögliche Nachrichtenwert, den ich darin erkennen konnte, lag in der abschreckenden Botschaft, die anderen vermittelt würde, die versucht sein könnten, ebenfalls öffentlich Widerspruch zu äußern. Doch die feindselige Berichterstattung gegenüber der Gruppe setzte sich in Teilen der Presse fort (Hayward 2022a; Robinson 2022), unter anderem durch eine Person namens Chris York, der nicht weniger als zwölf Angriffe auf die Gruppe für die HuffPost verfasst hat (Johnstone 2020). Als Whistleblower aus den Reihen der OPCW auftauchten und das offizielle

Narrativ um Douma stärker in Zweifel zogen, schloss sich die BBC dem Angriff an (Maté 2020). Interessanterweise waren zentrale Interviewpartner, auf die sich die BBC stützte, Personen, die in durchgesickerten Dokumenten genannt wurden, die dem FCO von seinen Auftragnehmern im Bereich der strategischen Kommunikation vorgelegt worden waren (Klarenberg 2021), insbesondere Alistair Harris, der Direktor der Firma ARK, dem Norton (2020) nachgesagte er habe „die Medien wie ein Instrument gespielt“. Während der intensiven Informationskampagne rund um die russische Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 standen The Times (OII 2022) und die BBC (Klarenberg und Miller 2022b) erneut an der Spitze der Mainstream-Angriffe auf abweichende Meinungen. Es wurde anschließend bekannt, dass der Journalist der BBC, der im Mittelpunkt dieser Angriffe stand, in E-Mails über einen Plan eingeweiht, der darauf abzielte, „abtrünnige Akademiker“ zu diskreditieren, die dafür plädierten, mehr als nur die eine Seite der Geschichte zu hören, die von Gruppen, die mit den Geheimdiensten in Verbindung standen, verbreitet wurde (Klarenberg und Miller 2022a). Aus den E-Mails geht hervor, dass dieser Plan von dem Journalisten Paul Mason koordiniert wurde, dem Interviewpartner, der das letzte Wort in der BBC-Sendung gegeben wurde (Hayward 2022d).

Der Einfluss verdeckter Sicherheitsinteressen auf die freie Verbreitung öffentlicher Informationen beschränkt sich jedoch nicht auf die Unterbindung unbequemer Fragen. In den durchgesickerten Unterlagen über die Integrity Initiative kam auch ans Licht, dass einige ihrer Mitarbeiter eng mit Operationen verbunden waren, die nicht nur die Informationen anderer Akteure überwachen, sondern auch selbst falsche Geschichten verbreiten. Kit Klarenberg (2018) zeigt, dass verdeckte Operationen, von denen die Geheimdienste wussten, an der Erstellung des Dossiers mit den inzwischen diskreditierten „Russiagate“-Behauptungen beteiligt waren, die in einem offensichtlichen Versuch verwendet wurden, die Wahl von Präsident Trump 2016 zu verhindern. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls interessant festzustellen, dass der britische Sicherheitsstaat die Presse mit einer D(SMA)-Mitteilung – das heißt mit dem Ratschlag „nicht zu berichten“ – davon abhielt, zu enthüllen, dass der MI6-Betreuer von Sergej Skripal Pablo Miller war. Miller arbeitete für den privaten Geheimdienst seines ehemaligen MI6-Kollegen Christopher Steele, der für das fantasievolle Dossier im Zentrum der Russiagate-Affäre verantwortlich war (Coburg 2018b). Wäre Skripal an der Erstellung des Dossiers beteiligt gewesen, seine Diskretion aber in Zweifel geraten, könnte dies ein Motiv für seine Vergiftung gewesen sein, wie die ehemaligen hochrangigen Beamten und Whistleblower Craig Murray und Clive Ponting aufgrund ihrer Erfahrungen aus erster Hand mit der Arbeitsweise der britischen Regierung und Geheimdienste vermuten (Murray 2018; Ponting 2018). Dies sind natürlich lediglich informierte Vermutungen. Was wir aber wissen, ist, dass es in der Öffentlichkeit keine gesicherten Erkenntnisse darüber gibt, was wirklich geschehen ist.

Politische Einmischung war auch im Vereinigten Königreich ein Thema, wo festgestellt wurde, dass die Integrity Initiative Aktivitäten unternommen hatte, um die Kandidatur von Jeremy Corbyn für das Amt des Premierministers zu unterminieren (Curtis 2018). Obwohl dies nicht offiziell von der Regierung geduldet werden konnte, wurde es mit ihrer Finanzierung durchgeführt (Coburg 2018b). Tatsächlich war es Teil einer breiteren, von den Geheimdiensten koordinierten Verleumdungskampagne gegen den Labour-Führer, die laut den von Matt Kennard (2019) vorgelegten Beweisen sicherstellen sollte, dass er nicht die Macht im britischen Staat erlangen würde. Tatsächlich wurde die Position der Geheimdienste

in dieser Angelegenheit vom ehemaligen Leiter des MI6 deutlich gemacht: Am Vorabend der Parlamentswahlen 2015 veröffentlichte Sir Richard Dearlove in *The Daily Telegraph* einen vehementen Artikel, in dem er erklärte, Jeremy Corbyn sei „ungeeignet für das Amt“, da er „eine klare und gegenwärtige Gefahr für das Land“ darstelle und nicht einmal die Überprüfungsverfahren der Sicherheitsdienste bestehen würde, geschweige denn, dass man ihm die Führung des Landes zutrauen würde – seine Wahl würde die Geheimdienste also „in eine sehr schwierige Lage bringen“ (Dearlove 2017). Auch das Militär soll diese Ansicht vertreten haben, wie *The Times* 2015 berichtete, dass ein dienender General davor gewarnt habe, „dass es eine direkte Herausforderung durch die Armee und massenhafte Rücktritte geben würde, wenn Corbyn Premierminister würde“ (Shipman et al 2015). Diese Ansicht wurde in mindestens 34 großen Medienberichten, in denen Jeremy Corbyn als eine Gefahr für die britische Gesellschaft dargestellt wurde (Kennard 2019) und während die Chefs der Dienste Berichten zufolge damit drohen, dass Corbyn nur „eingeschränkten Zugang“ zu Geheimdienstinformationen erhalten würde, wenn er auf politischen Ansichten beharre, mit denen sie nicht einverstanden seien (Shipman et al. 2015).

In diesem Zusammenhang stellt sich deutlich die Frage, wem genau die Geheimdienste dienen oder unterstehen. Im Prinzip dienen sie der Nation und sind ihren gewählten Vertretern Rechenschaft schuldig; in der Praxis erscheinen sie als Träger einer effektiven Macht, die das nationale Interesse definiert, über die weder die Wähler noch das Parlament eine Kontrolle haben. Wem sie in Wirklichkeit Rechenschaft ablegen, ist nicht leicht herauszufinden. Ungeachtet der Bemühungen der Geheimdienstchefs, ihre Dienste mit Transparenz und demokratischer Rechenschaftspflicht in Verbindung zu bringen, konnte festgestellt werden, dass sie dem Ausschuss für Geheimdienste und Sicherheit des britischen Parlaments, der mit ihrer Kontrolle betraut ist, nur lückenhaft Bericht erstatten. Darüber hinaus wurde in Bericht des Ausschusses 2021–22 festgestellt, dass eine ganze Reihe zusätzlicher geheimdienstlicher Aktivitäten, die auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung abzielen, an neue politische Einheiten der Regierung übertragen wurden, die nicht einmal in die Aufsichtsvereinbarungen einbezogen sind (ISC 2022).

Mangelnde Rechenschaftspflicht gilt auch für das Information Warfare Team der britischen Armee, eine Gruppe innerhalb der 77. Brigade, die für psychologische und Informationsoperationen zuständig ist (Website der britischen Armee). Nach Angaben des Verteidigungsministers besteht „die Aufgabe der 77. Brigade darin, Desinformation zu bekämpfen, nicht Meinung“ (Ben Wallace in Hansard, 2023), es wurde jedoch keine Erklärung publiziert, wie sie diese schwer fassbare Unterscheidung definiert oder umsetzt. Wallace erklärt, dass die Einheit nach „Medienmanipulationen, Fehlinformationen oder Lügen aus dem Ausland“ Ausschau hielte, es wird aber nicht erwähnt, wie sie die Herausforderung angeht, die Nationalität von Beiträgen im weltweiten Netz zuzuordnen. Tatsächlich legt ein Whistleblower der Einheit die Unaufrichtigkeit der offiziellen Position offen:

„Um die rechtlichen Schwierigkeiten einer Militäreinheit, die einheimische Dissidenten überwacht, zu umgehen, wurde die Ansicht vertreten, dass ein Profil, das nicht ausdrücklich seinen echten Namen und seine Nationalität angibt, ein ausländischer Agent sein könnte und somit Freiwild ist. Es ist jedoch ganz offensichtlich, dass unsere Aktivitäten zur Überwachung der britischen Bevölkerung führten“ (Anonymous (ehemaliger Offizier der 77. Brigade) 2023).

Dem Minister zufolge besteht die Aufgabe der Brigade „nicht darin, Meinungen zu überwachen oder zu bekämpfen“, und doch sagt der Whistle-blower aus, dass sie genau das

tat – sie überwachte Beiträge, die „nicht der Unwahrheit entsprachen und nicht koordinierten verfasst wurden“. Der Whistleblower sagt: „Das Banner der Desinformation war ein Deckmantel, unter dem das britische Militär eingesetzt wurde, um unsere eigenen besorgten Bürger zu überwachen und zu kennzeichnen. ... Es ging um Wahrnehmung im Innern, nicht um die nationale Sicherheit. Nach den Recherchen von Iain Cobain nutzt die 77. Brigade „Social-Media-Plattformen wie Twitter, Instagram und Facebook sowie Podcasts, Datenanalysen und Publikumsforschung, um das zu betreiben, was der Chef des britischen Militärs, General Nick Carter, als ‚Informationskrieg‘ bezeichnet“ (Cobain 2019).

Zusätzlich zur Überwachung der Nutzer von Sozialen Medien haben die Sicherheitsdienste auch erheblichen Einfluss auf die sozialen Medienplattformen selbst ausgeübt. So war beispielsweise der oberste redaktionelle Berater von Twitter für den Nahen Osten, Gordon MacMillan, zur gleichen Zeit auch Hauptmann in der 77. Brigade; und der ‚Global Threat Intelligence Lead‘ bei Facebook, Ben Nimmo, ist ein ehemaliger NATO-Presseoffizier, der in der Zwischenzeit für die Überwachung von Social-Media-Konten verantwortlich war, die sich auf die oben erwähnten Skripal- und Douma-Vorfälle bezogen (Macleod 2021). Ganz allgemein scheint es eine Drehtür und enge Arbeitsbeziehungen zwischen den westlichen Geheimdiensten und den Unternehmen der sozialen Medien zu geben. Das Ausmaß der geheimdienstlichen Infiltration wurde erst kürzlich durch die Veröffentlichung der Twitter Files deutlich, die eine „versteckte Partnerschaft zwischen staatlichen Geheimdiensten, Silicon Valley und traditionellen Medien aufdeckte, um die nationale Konversation in den USA – wie auch in weiten Teilen der übrigen Welt – zu manipulieren“, indem eingeschränkt wurde, was auf Social-Media-Plattformen geäußert werden konnte – nicht mit dem Ziel, „ein Verbrechen zu verhindern oder Gesetze durchzusetzen oder gar dem öffentlichen Wohl zu dienen, sondern den politischen Diskurs streng zu kontrollieren, um ernsthafte Kritik am Establishment zu marginalisieren“ (Cook 2023). Unter dem Druck der Geheimdienste erstellten die sozialen Netzwerke offenbar geheime schwarze Listen, um die Reichweite bestimmter Konten zu begrenzen oder bestimmte Themen zu unterbinden. Sogar namhafte Experten wurden zur Zielscheibe, wenn sie zentrale Narrative des establishments in Frage stellten (Magness and Waught 2022).

Eine besonders bedeutsame Enthüllung aus den Twitter Files war, dass soziale Medien und staatliche Sicherheitsbehörden eine Rolle bei der Unterdrückung einer in der New York Times veröffentlichten Geschichte über Hunter Bidens Laptop spielten, Wochen vor der Präsidentschaftswahl 2020. Der Laptop enthielt angeblich Beweise für problematische Verbindungen zwischen der Biden-Familie und ausländischen Beamten in der Ukraine (Cavallier 2022). Die Geschichte wurde sofort als russische Desinformation deklariert: So lautete die Überschrift eines Politico-Artikels, in dem angedeutet wurde, dass die Behauptung von 50 ehemaligen Geheimdienstmitarbeitern, darunter fünf CIA-Chefs, unterstützt wurde, die einen Brief unterzeichnet hatten, in dem sie die Echtheit der Geschichte anzweifelten (Nathasha Bertrand 2020). Und obwohl dieser Brief sorgfältig formuliert war, wurde er von Biden und seinen Anhängern als Beweis dafür angeführt, dass es sich bei der Geschichte um „Desinformation der Russen“ handelte. Eine sorgfältige Lektüre des Schreibens zeigt jedoch, dass es sich bei der veröffentlichten Interpretation um eine falsche Darstellung dessen handelte, was in Wirklichkeit eine spekulative Vermutung war, die auf keinerlei Beweisen beruhte (siehe z. B. Kessler 2023). Seither ist umfangreiches Beweismaterial vorgelegt worden, das zeigt, dass die Geschichte wahr war. Das FBI wusste dies sogar schon, bevor sie

publik wurde. Dennoch hat es den Anschein, „dass sie die Medien, einschließlich der sozialen Netzwerke, so manipuliert haben, dass sie schließlich davon ausgingen, dass jede Geschichte, die Biden vor der Wahl schadete, russische Desinformation war“ (Cook 2023). Die Geheimdienste übten Druck auf soziale Medienplattformen wie Twitter und Facebook aus, die Berichterstattung darüber zu blockieren, damit sie nicht vor den Wahlen weithin zirkulieren würde.

Diese Episode kann mit dem Vorgehen der Geheimdienste und der Medien in Bezug auf die gegen Trump erhobenen Vorwürfe im sogenannten Russiagate-Skandal verglichen werden. Während der Präsidentschaftswahlen 2016 soll Russland mit dem Kandidaten Trump konspiriert und ihn unterstützt haben, indem es soziale Medien als Waffe einsetzte, um Zwietracht zu säen und die US-Wählerschaft zu manipulieren. Um den angeblichen Einfluss Putins auf Trump zu begründen, wurde Material aus jenem fantasievollen Dossier zitiert, das der ehemalige MI6-Agent und FBI-Informant Christopher Steele zusammengestellt hatte (Haynes 2019). Dieses Dossier wurde in den Medien ohne substantielle Überprüfungsversuche als echt akzeptiert, und doch beruhte es, wie kritische Stimmen damals warnten (Maté 2023) und wie später durch die Mueller-Untersuchung bestätigt wurde (ABA 2019), auf Erfindungen. Zur gleichen Zeit wurden vermeintliche Beweise für die angeblichen manipulativen Aktivitäten in den sozialen Medien vom Hamilton 68 Dashboard erbracht, dessen Behauptungen, eine russische Beeinflussungskampagne aufgedeckt zu haben, in den Medien und in Publikationen von Think Tanks regelmäßig zitiert wurden. Die Methodik von Hamilton 68 war etwas undurchsichtig, aber ihr Einsatz und ihre Ergebnisse waren mit denen der Integrity Initiative gut vergleichbar. In der Tat waren einige der gleichen Mitarbeiter beteiligt, insbesondere Ben Nimmo, der in diesem Bereich sehr einflussreich war. Seine Karriere als „Experte für Desinformationsbekämpfung“ umfasste bereits vor seiner Ernennung zum Leiter der Abteilung Global Threat Intelligence bei Facebook Positionen als NATO-Pressesprecher, Berater von Bellingcat, Forscher für die Integrity Initiative, Direktor von Grafika und Gründungsmitglied von DFRLab, das Partner der Alliance for Securing Democracy (ASD) ist, der Organisation, die für das „Hamilton 68 Dashboard“ verantwortlich ist. Diese und ähnliche Organisationen haben laut Margot Cleveland „nachweislich falsche Anschuldigungen über ausländische Desinformation verbreitet“, und Twitter selbst soll festgestellt haben, dass die gesamte Methodik fehlerhaft war (Cleveland 2023a). Sicherlich hält sie einer kritischen Prüfung nicht stand: M.C. McGrath (2018) hatte schon früh ernsthafte Kritik an der Hamilton-68-Methodik in schriftlichen Beweisen vor dem britischen Parlament geäußert; ihre Undurchsichtigkeit und Zirkularität wurde auch von Olivier Jutel (2019) kritisiert. Die mangelhafte Methodik selbst ist jedoch nur ein Symptom für das grundlegendere Problem.

Das grundsätzliche Problem besteht darin, dass es sich bei den zu bekämpfenden „Desinformationen“ um Nachrichten handelt, die den Zwecken des Gegners als denen des Kunden oder Auftraggebers der Agentur dienen, und dass es sich manchmal schlicht um unbequeme aber wahre Informationen handelt. Da unbequem wahre Informationen nicht einfach durch die unverblühte Verbreitung zuverlässiger Informationen erfolgreich bekämpft werden können, müssen Agenten, die sie bekämpfen wollen, auf Strategien zurückgreifen, die denen der mutmaßlichen Überbringer von Desinformationen sehr ähneln. In der Tat können alle Strategien, die von Experten für Desinformationsbekämpfung analytisch als den Gegnern zur Verfügung stehend identifiziert wurden, auch von der eigenen

Seite angewandt werden.

In einem Informationskrieg ist die Wahrheit nicht unbedingt die wichtigste Waffe. Auch ist die Wahrheit nicht zwangsläufig das Ergebnis. In der Regel ist die Wahrheit das erste Opfer.

Informationskriege können jedoch auch in Kontexten geführt werden, in denen es auch echte menschliche Opfer gibt. Die Geheimdienste und die Praktiken der Täuschung, die zur Schaffung von Desinformation und Anti-Desinformation führen, sind militärischen Ursprungs. Das Ziel der Teilnehmer an der Kriegsführung, einschließlich der Informationskriegsführung, ist die Macht, nicht die Wahrheit. Nehmen Sie die jüngste Sabotage der Nord Stream 2-Pipeline als Beispiel: Nachdem anfängliche Versuche in den Medien, Russland die Schuld zu geben, fallen gelassen wurden, blockierten die Länder, die ein erklärtes Interesse an der Unterbrechung des Gasexports haben, eine vorgeschlagene Untersuchung der Angelegenheit unter Leitung der UN (UN 2023). Oder nehmen wir das bereits erwähnte Beispiel des Verbrechens in Douma, wo 43 Menschen anscheinend mit Symptomen eines Nervenkampfstoffs starben. In diesem Fall bemühen sich die OPCW-Inspektoren, ihrer Verantwortung im Rahmen des international vereinbarten Chemiewaffenübereinkommens gerecht zu werden, indem sie versuchen, die Wahrheit über die Geschehnisse herauszufinden. Sie werden jedoch von der von den USA genehmigten Leitung der OPCW, mit der öffentlichen Unterstützung der USA und ihrer Verbündeten bei den Vereinten Nationen und durch die Aufrechterhaltung einer irreführenden einseitigen Darstellung in den Mainstream-Medien blockiert (Hayward 2019b).

Es gibt keine offensichtliche Rechtfertigung im Sinne des öffentlichen Interesses, eine vollständige Untersuchung der Wahrheit über solche Ereignisse zu verhindern. Der einzige erkennbare Grund ist die Vertuschung schwerer Verbrechen. Im Fall Nord Stream war das Verbrechen die Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktur. Im Fall Douma, wo die Untersuchung von 43 Morden behindert wurde, wäre die Vergeltungsaktion der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs am 14. April 2018 ungerechtfertigt gewesen und würde somit ein Kriegsverbrechen darstellen, wenn sich die Behauptungen über die Verantwortung der syrischen Regierung als unbegründet erweisen würden. Die Vertuschung schwerer Verbrechen kann im Allgemeinen nicht als im öffentlichen Interesse liegend betrachtet werden.

Die bedauerliche Wahrheit ist jedoch, dass die Geschichte voller Beispiele ist, in denen das Geheimhaltungsprivileg der Geheimdienste missbraucht wurde, um die offizielle Mitschuld an – und manchmal sogar die Anstiftung zu – ungeheuerlichen Verbrechen zu decken. Dieses Privileg wird gehütet wie ein Augapfel, wie die Behandlung des Gründers von Wikileaks, Julian Assange, deutlich zeigt (Maurizi 2022; Melzer 2022). Es mag wenig geben, das jeder von uns individuell dagegen tun kann, aber was Akademiker tun können – als Kollektiv mit einer Berufung zur Wissenschaft im Dienste der Suche nach verlässlichem Wissen und Verständnis – ist das, was ich an anderer Stelle argumentiert habe (Hayward 2019c), was wir als berufliche Verpflichtung betrachten sollten, nämlich: wachsam zu sein, wie wir getäuscht werden können; sicher zu gehen, dass wir trügerische Behauptungen nicht reproduzieren; und bereit zu sein, denen beizustehen, die Täuschung anfechten, besonders wenn sie dafür angegriffen werden.

Schlussfolgerung

Dieser Artikel hat Gründe für die Vorsicht vor unrealistischen Erwartungen an Offenheit und Ehrlichkeit in der öffentlichen Kommunikation von Mitgliedern der Geheimdienste aufgezeigt; er hat ferner Gründe für die Vorsicht vor „Spin“ bei der Veröffentlichung von Informationen aufgezeigt; und er hat die besondere Besorgnis über die Beteiligung von Geheimdiensten an Desinformationsmaßnahmen betont. Denn so sehr ihre öffentlichen Erklärungen auch die Tugenden der Transparenz, der Demokratie und der freien Presse preisen mögen, können ihre Praktiken durchaus genau diese Dinge in hohem Maße untergraben. Ihr Hauptzweck ist es, den Sicherheitsinteressen des Staates zu dienen, und dazu gehört, wenn es sich um einen demokratischen Staat handelt, der Schutz der demokratischen Institutionen. Aber es kann nicht den Sicherheitsbehörden überlassen werden, zu entscheiden was ein angemessenes Verständnis davon, was demokratische Institutionen bedroht und was sie untergräbt. Der normative Rahmen, innerhalb dessen Geheimdienste legitimerweise operieren, muss von demokratisch gewählten Vertretern der Bürger festgelegt werden. Dieser Rahmen muss auf der Ebene der Verfassung verankert sein, und der Gesetzgeber muss sicherstellen, dass solide Regelungen für eine wirksame Kontrolle der Geheimdienste bestehen.

In Situationen, in denen die Aufsicht nicht so robust oder effektiv ist, wie es in einer idealen Demokratie der Fall wäre, und in denen die Geheimdienste tatsächlich unter politischem oder unternehmerischem Einfluss stehen, lässt sich argumentieren, dass es ein bürgerliches Recht und sogar eine Pflicht gibt – die sich aus dem Grundgedanken einer demokratischen Verfassung ableiten lässt – sie zur Rechenschaft zu ziehen, so wie es auch für Politiker und unternehmerische Akteure gelten würde. Je mehr sich Geheimdienste in den Informationskrieg in den sozialen Medien einmischen und autoritäre Strategien der kognitiven Infiltration und Verhaltensbeeinflussung unterstützen, desto zwingender ist es für die Bürger, ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit zu verteidigen.

Realistisch betrachtet wäre es natürlich in vielerlei Hinsicht ein ungleicher Kampf, Agenturen zur Rechenschaft zu ziehen, die die Macht von staatlichen und unternehmerischen Partnern hinter sich haben und deren Privileg der Geheimhaltung durch die strengsten Gesetze geschützt ist. Aber in einer wichtigen Hinsicht liegt die Stärke auf der Seite der Bürger in Demokratien und es ist eine, bei der Akademiker potenziell entscheidende Unterstützung leisten können: Wenn „Anti-Desinformations“-Operationen, die im Namen von Staaten und ihren Unternehmenspartnern durchgeführt werden, ein Konzept der „Desinformation“ verwenden, das von Natur aus inkohärent ist, und wenn ihre Kommunikation das Ignorieren von Sachinformationen, die Manipulation von Beweisen oder die Missachtung der Logik beinhaltet, kann dies von denjenigen aufgedeckt werden, die bereit sind, es aufzudecken. Denn die der Wissenschaft innewohnenden Untersuchungsnormen und -prinzipien bieten eine solide Grundlage, auf der wir für eine offene und ehrliche Untersuchung eintreten können.

¹ In Hayward (in Vorbereitung) zeige ich, dass sich der Begriff „Desinformation“ auf unterschiedliche Probleme beziehen kann, je nachdem, ob der Nutzer einen erkenntnistheoretischen, einen

verhaltensbezogenen oder einen sicherheitsbezogenen Standpunkt einnimmt. Politische Entscheidungsträger können dementsprechend durch widersprüchliche Ratschläge beeinflusst werden, so dass Maßnahmen, die zur Behebung eines Problems ergriffen werden, ein anderes verschlimmern können. Wenn die Geheimdienste dem Sicherheitsframing den Vorrang geben, kann ihre Auffassung von „Desinformation“ inkohärent sein, wenn sie nach epistemischen Kriterien beurteilt wird.

Literatur

- ABA (American Bar Association). 2019. 'Mueller finds no collusion with Russia, leaves obstruction question open', 25 March: <https://www.americanbar.org/news/abanews/aba-news-archives/2019/03/mueller-concludes-investigation/>
- Adamo, Thomas and Joner, Josiah. 2023. 'Stanford's Dark Hand in Twitter Censorship', *The Stanford Review*, 24 March: <https://stanfordreview.org/stanfords-dark-hand-in-twitter-censorship/>
- Anonymous (ex-77th Brigade officer). 2023. 'This snooping was wrong, it hangs over my proud Army career like a black cloud', in 'Army spied on lockdown critics', by Glen Owen, *MailOnline*, 28 January: <https://www.dailymail.co.uk/news/article-11687675/Army-spied-lockdown-critics-Sceptics-including-Peter-Hitchens-suspected-watched.html>
- Anonymous (MI6 Ethics Counsellor). 2022. 'Inherently despicable? Why spying agencies must prove they have a moral compass', *TLS*, 13 May: Anonymous (MI6 Ethics Counsellor) 2022
- Baker, Berry. 2020. 'UK Chief of Defence Staff participates in daily coronavirus briefing', *Army Technology*, 23 April: <https://www.army-technology.com/news/uk-chief-of-defence-staff-participates-in-daily-coronavirus-briefing/>
- Bertrand, Natasha. 2020. 'Hunter Biden story is Russian disinfo, dozens of former intel officials say', *Politico*, 19 October: <https://www.politico.com/news/2020/10/19/hunter-biden-story-russian-disinfo-430276>
- Briggs, Billy. 2019. 'Scottish charity watchdog damns group that attacked integrity of politicians', *The Ferret*, 5 November: <https://theferret.scot/charity-statecraft-integrity-corbyn/>
- Carter, Nick. 2018. 'Dynamic security threats and the British Army', speech to The Royal United Services Institute, 22 January: <https://www.gov.uk/government/speeches/dynamic-security-threats-and-the-british-army-chief-of-the-general-staff-general-sir-nicholas-carter-kcb-cbe-dso-adc-gen>
- Cavallier, Andrea. 2022. 'US diplomat in Kiev sent classified email in 2016 warning that Hunter Biden's business dealings in Ukraine 'undercut the anti-corruption message' his VP father was advancing', *MailOnline* 4 February: <https://www.dailymail.co.uk/news/article-10475335/Former-diplomat-Kiev-warned-State-Department-Hunter-Bidens-business-dealing-Ukraine.html>
- Chotiner, Isaac. 2022. 'John Mearsheimer on Putin's Ambitions After Nine Months of War', *The New Yorker*, 17 November: <https://www.newyorker.com/news/q-and-a/john-mearsheimer-on-putins-ambitions-after-nine-months-of-war>
- Cleveland, Margot. 2023a. 'Meet The Partisans Who Wove The Censorship Complex's Vast And Tangled Web', *The Federalist*, 28 February: <https://thefederalist.com/2023/02/28/meet-the-partisans-who-wove-the-censorship-complexs-vast-and-tangled-web/>
- Cleveland, Margot. 2023b. "'Twitter Files' Show More Groups Used Hamilton 68's Bogus Methodology To Sell The Russia Hoax', *The Federalist*, 6 March: <https://thefederalist.com/2023/03/06/twitter-files-show-more-groups-used-hamilton-68s-bogus-methodology-to-sell-the-russia-hoax/>
- Cobain, Ian. 2019. 'Twitter executive for Middle East is British Army 'psyops' soldier', *Middle East Eye*, 30 September: <https://www.middleeasteye.net/news/twitter-executive-also-part-time-officer-uk-army-psychological-warfare-unit>
- Coburg, Tom. 2018. 'Despite government censorship, a far bigger story behind the Skripal poisoning is emerging', *Canary*, 1 June: <https://www.thecanary.co/global/world-analysis/2018/06/01/despite-government-censorship-a-far-bigger-story-behind-the-skripal-poisoning-is-emerging/>
- Coburg, Tom. 2018b. 'Emily Thornberry turns up the heat on Tory minister in row over Jeremy Corbyn smears', *Canary*: <https://www.thecanary.co/uk/analysis/2018/12/14/emily-thornberry->

- turns-up-the-heat-on-tory-minister-in-row-over-jeremy-corbyn-smears/
- Coburg, Tom. 2019. 'A government-funded destabilisation network is forced to disable its own website', Canary, 28 January: <https://www.thecanary.co/uk/analysis/2019/01/28/a-government-funded-destabilisation-network-is-forced-to-disable-its-own-website/>
 - Committee on Foreign Relations Committee. 2018. Putin's Asymmetric Assault on Democracy in Russia and Europe: Implications for U.S. National Security. US Government Publishing Office: <https://www.govinfo.gov/content/pkg/CPRT-115SPRT28110/pdf/CPRT-115SPRT28110.pdf>
 - Cook, Jonathan. 2023. 'How social networks became a 'subsidiary' of the FBI and CIA', Middle East Eye, 20 February: <https://www.middleeasteye.net/big-story/twitter-files-social-networks-subsidiary-fbi-cia-how>
 - Cooper, Charlie. 2023. 'Who blew up Nord Stream?' Politico, 8 March: <https://www.politico.eu/article/vladimir-putin-kremlin-russia-who-blew-up-nord-stream-2/>
 - Corera, Gordon. 2022. 'Ukraine: Inside the spies' attempts to stop the war', BBC News, 9 April: <https://www.bbc.co.uk/news/world-europe-61044063>
 - Curtis, Mark. 2018. 'Twitter and the smearing of Corbyn and Assange: A research note on the "Integrity Initiative"', Mark Curtis blog, 28 December: <http://markcurtis.info/2018/12/28/twitter-and-the-smearing-of-corbyn-and-assange-a-research-note-on-the-integrity-initiative/>
 - Dearlove, Richard. 2017. 'Jeremy Corbyn is a danger to this nation. At MI6, which I once led, he wouldn't clear the security vetting', The Telegraph, 17 June: <https://www.telegraph.co.uk/news/2017/06/07/jeremy-corbyn-danger-nation-mi6-led-wouldnt-clear-security-vetting/>
 - Dilanian, Ken et al. 2022. 'In a break with the past, U.S. is using intel to fight an info war with Russia, even when the intel isn't rock solid', NBC News, 6 April: <https://www.nbcnews.com/politics/national-security/us-using-declassified-intel-fight-info-war-russia-even-intel-isnt-rock-rcna23014>
 - Dylan, Huw and Thomas J. Maguire. 2022. 'Secret Intelligence and Public Diplomacy in the Ukraine War', Survival, 64(4): 33-74. DOI: 10.1080/00396338.2022.2103257
 - Elmaazi, Mohamed and Max Blumenthal. 2018. 'Inside the temple of covert propaganda: The Integrity Initiative and the UK's scandalous information war', Grayzone, 17 December: <https://thegrayzone.com/2018/12/17/inside-the-temple-of-covert-propaganda-the-integrity-initiative-and-the-uks-scandalous-information-war/>
 - Expose Network. 2018. Upskilling to Upscale: Unleashing the Capacity of Civil Society to Counter Disinformation, confidential report to UK FCO. Available at: https://wikispooks.com/wiki/Document:Upskilling_to_Upscale:_Unleashing_the_Capacity_of_Civil_Society_to_Counter_Disinformation
 - Fabre, Cécile. 2022. Spying Through a Glass Darkly: the ethics of espionage and counter-intelligence. Oxford University Press.
 - Fleming, Jeremy. 2022. 'The head of GCHQ says Vladimir Putin is losing the information war in Ukraine', interview in The Economist, 18 August: <https://www.economist.com/by-invitation/2022/08/18/the-head-of-gchq-says-vladimir-putin-is-losing-the-information-war-in-ukraine>
 - Hansard. 2023. 'Oral Answers to Questions Volume 729: debated on Monday 13 March 2023', UK Government: <https://hansard.parliament.uk/Commons/2023-03-13/debates/59F6F12A-7C38-4DD2-BAB0-30208E8D3F7B/OralAnswersToQuestions>
 - Haynes, Deborah. 2019. "'Trump hater' ex-MI6 officer who compiled Russia dossier was a friend of Ivanka', SkyNews, 10 December: <https://news.sky.com/story/trump-hater-ex-mi6-officer-who-helped-compile-russia-dossier-was-a-friend-of-ivanka-11882732>
 - Hayward, Tim. 2018. 'Attacked by the Times', Wordpress blog, 14 April: <https://timhayward.wordpress.com/2018/04/14/attacked-by-the-times/>
 - Hayward, Tim. 2019a. Global Justice and Finance. Oxford University Press.

- Hayward, Tim. 2019b. 'Media coverage of OPCW whistleblower revelations', Wordpress blog, 24 October: <https://timhayward.wordpress.com/2019/10/24/media-coverage-of-opcw-whistleblower-revelations/>
- Hayward, Tim. 2019c. 'Three Duties of Epistemic Diligence', *Journal of Social Philosophy*, 50(4): 536-561. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/josp.12319>
- Hayward, Tim. 2022a. 'WGSPM: timeline of hostile media coverage', Wordpress page: <https://timhayward.wordpress.com/syria/working-group-in-the-press/wgspm-timeline-of-hostile-media-coverage/>
- Hayward, Tim. 2022b. 'Questioning the official story about official stories: a role for citizen investigations', *Propaganda in Focus*, 11 December: <https://propagandainfocus.com/questioning-the-official-story-about-official-stories-a-role-for-citizen-investigations/>
- Hayward, Tim. 2022c. 'A UK Crackdown on Academic Freedom?' Wordpress blog: <https://timhayward.wordpress.com/2022/03/18/a-uk-crackdown-on-academic-freedom/>
- Hayward, Tim. 2022d. 'Whose Disinformation is it Anyway? BBC Vs Critical Academics', *Propaganda in Focus*: <https://propagandainfocus.com/whose-disinformation-is-it-anyway-bbc-vs-critical-academics/>
- Hayward, Tim. Unpublished. 'The Problem of Disinformation' (copy available on request from author)
- Helmus, Todd C. and Kepe. 2021. *A Compendium of Recommendations for Countering Russian and Other State-Sponsored Propaganda*. Research report for Rand Corporation.
- Hinšt, Daniel. 2021. 'Disinformation as Geopolitical Risk for Transatlantic Institutions', *International Studies*, Libertas International University, 21(2): 89-111.
- ISC (Intelligence and Security Committee of Parliament). 2022. *Annual Report 2021-22*. UK Parliament: <https://isc.independent.gov.uk/wp-content/uploads/2022/12/ISC-Annual-Report-2021-2022.pdf>
- Jankowicz, Nina. 2019. *Avoiding the Band-Aid Effect in Institutional Responses to Disinformation and Hybrid Threats*. Policy paper for the German Marshall Fund: <https://www.gmfus.org/news/avoiding-band-aid-effect-institutional-responses-disinformation-and-hybrid-threats>
- Johnstone, Caitlin. 2020. 'Nobody Sets Out To Become A War Propagandist. It Just Sort Of Happens', *Consortium News*, 31 January: <https://consortiumnews.com/2020/01/31/nobody-sets-out-to-become-a-war-propagandist-it-just-sort-of-happens/>
- Jutel, Olivier. 2019. 'Civility, Subversion and Technocratic Class Consciousness: Reconstituting Truth in the Journalistic Field', in R. Overell and B. Nicholls (eds) *Post-Truth and the Mediation of Reality*, Palgrave Macmillan: 177-202
- Kennard, Matt. 2019. 'How the UK Military and Intelligence Establishment is Working to Stop Jeremy Corbyn Becoming Prime Minister', *Declassified UK*, 4 December: <https://declassifieduk.org/how-the-uk-military-and-intelligence-establishment-is-working-to-stop-jeremy-corbyn-becoming-prime-minister/>
- Kessler, Glenn. 2023. 'The Hunter Biden laptop and claims of "Russian disinfo"', *The Washington Post*, 13 February: <https://www.washingtonpost.com/politics/2023/02/13/hunter-biden-laptop-claims-russian-disinfo/>
- Klarenberg, Kit. 2018. 'Close Associate: The Integrity Initiative's Intimate Connections to "RussiaGate"', *Sputnik*, 18 January: <https://web.archive.org/web/20190118201120/https://sputniknews.com/europe/201901181071610324-russiagate-integrity-initiative-wood/>
- Klarenberg, Kit. 2019. 'Integrity Initiative: Psyops Institute Defanged, But British Spies' Disinfo War Still Rages', *Medium.com*, 30 December: <https://medium.com/@KitKlarenberg/integrity-initiative-psyops-institute-defanged-but-british-spies-disinfo-war-still-rages-a15bfe433c94>

- Klarenberg, Kit. 2021. 'Questions about BBC producer's ties to UK intelligence follow "Mayday" White Helmets whitewash', Grayzone, 7 April: <https://thegrayzone.com/2021/04/07/bbc-white-helmets-mayday-uk-intelligence/>
- Klarenberg, Kit and David Miller. 2022a. 'British security state collaborator Paul Mason's war on 'rogue academics' exposed', Grayzone, 21 June: <https://thegrayzone.com/2022/06/21/british-security-state-collaborator-paul-masons-war-on-rogue-academics-exposed/>
- Klarenberg, Kit and David Miller. 2022b. 'BBC assault on antiwar academics was apparent product of UKintel plot', Grayzone, 21 August: <https://thegrayzone.com/2022/08/21/bbc-antiwar-academics-uk-intel/>
- MacLeod, Alan. 2021. 'Facebook hires NATO press officer Ben Nimmo as intelligence chief', Mint Press News, 9 February: <https://www.mintpressnews.com/censorship-way-facebook-hires-nato-press-officer-intelligence-chief/275154/>
- Magness, Phillip W. and David Waugh. 2022. 'Twitter Files Confirm Censorship of the Great Barrington Declaration', Independent Institute, 10 December: <https://www.independent.org/news/article.asp?id=14366>
- Maté, Aaron. 2020. 'Questions for BBC on new White Helmets podcast series attacking OPCW whistleblowers', Grayzone, 30 November: <https://thegrayzone.com/2020/11/30/questions-bbc-podcast-opcw-whistleblowers/>
- Maté, Aaron. 2023. *Cold War, Hot War: How Russiagate Created Chaos from Washington to Ukraine*. OR Books.
- Maurizi, Stefania. 2022. *Secret Power: Wikileaks and its enemies*. London: Pluto Press.
- McCallum, Ken. 2022. 'Annual Threat Update', MI5, 16 November: <https://www.mi5.gov.uk/news/director-general-ken-mccallum-gives-annual-threat-update>
- McGrath, M. C. 2018. Written evidence submitted to UK Parliament: <https://committees.parliament.uk/writtenevidence/88837/pdf>
- McKeigue, Paul, David Miller and Piers Robinson. 2018. 'Briefing Note: Update on the Salisbury Poisonings', Working Group on Syria, Propaganda and Media: <https://syriapropagandamedia.org/working-papers/briefing-note-update-on-the-salisbury-poisonings>
- McKeigue, Paul, David Miller and Piers Robinson. 2020. 'Update on the OPCW's investigation of the Douma incident', Working Group on Syria, Propaganda and Media: <https://syriapropagandamedia.org/update-on-the-opcws-investigation-of-the-douma-incident>
- McLoughlin, Liam, Stephen Ward and Daniel W. B. Lomas. 2020. "'Hello, world": GCHQ, Twitter and social media engagement, Intelligence and National Security', 35(2): 233-251, DOI: 10.1080/02684527.2020.1713434
- Melzer, Nils. 2022. *The Trial of Julian Assange: A Story of Persecution*. Verso Books.
- Moore, Richard. 2016. Tweet: <https://twitter.com/ChiefMI6/status/70406228868111552?s=20&t=w2wKQnEx2aLN2hUuo-a8Vg>
- Moore, Richard. 2018. 'You're not entitled to your own facts', Foreign, Commonwealth & Development Office, 3 May: <https://blogs.fcdo.gov.uk/richardmoore/2018/05/03/youre-not-entitled-to-your-own-facts/>
- Moore, Richard. 2020. 'Human Intelligence in the Digital Age', Secret Intelligence Service MI6: <https://www.sis.gov.uk/richard-moore-first-public-speech.html>
- Moore, Richard. 2021. Interview: 'We ask "C": how do intelligence services need to change in the 21st century?' The Economist, 9 December: <https://www.economist.com/podcasts/2021/12/09/we-ask-c-how-do-intelligence-services-need-to-change-in-the-21st-century>
- Murphy, Brian. 2022. 'The US Needs a Center to Counter Foreign Malign Influence at Home', Defense One, 20 March: <https://www.defenseone.com/ideas/2022/03/us-needs-center-counter-foreign->

malign-influence-home/363366/

- Murray, Craig. 2018. 'Probable Western Responsibility for Skripal Poisoning', Craig Murray Blog, 28 April: <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2018/04/probable-western-responsibility-for-skripal-poisoning/>
- Norton, Ben. 2020. 'Leaked docs expose massive Syria propaganda operation waged by Western govt contractors and media', Grayzone, 23 September: <https://thegrayzone.com/2020/09/23/syria-leaks-uk-contractors-opposition-media/>
- OII (Oxford Internet Institute). 2022. Press Release: 'University of Edinburgh academic Tim Hayward accused of spreading propaganda': <https://demtech.oii.ox.ac.uk/press-university-of-edinburgh-academic-tim-hayward-accused-of-spreading-propaganda/>
- Polyakova, Alina and Daniel Fried. 2019. 'Democratic Defense Against Disinformation 2.0', Atlantic Council, 13 June: <https://www.atlanticcouncil.org/in-depth-research-reports/report/democratic-defense-against-disinformation-2-0/>
- Ponting, Clive. 2018. Comment on Craig Murray Blog, 22 April: <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2018/04/senior-civil-servants-still-deeply-sceptical-of-russian-responsibility-for-skripal-poisoning/comment-page-5/#comment-742324>
- Robinson, Piers. 2022. 'Democracies and War Propaganda in the 21st Century', Working Group on Syria, Propaganda and Media: <https://syriapropagandamedia.org/working-papers-2/democracies-and-war-propaganda-in-the-21st-century>
- Ryan, Missy et al. 2022. 'Outmatched in military might, Ukraine has excelled in the information war', The Washington Post, 16 March: <https://www.washingtonpost.com/national-security/2022/03/16/ukraine-zelensky-information-war/>
- Shipman, Tim, Sean Rayment, Richard Kerbaj and James Lyons. 2015. 'Corbyn hit by mutiny on airstrikes; Half of shadow cabinet back Syria action Security services to deny Corbyn information on live operations', The Times, 20 September: <https://www.thetimes.co.uk/article/corbyn-hit-by-mutiny-on-airstrikes-wgrvzpt3old>
- Siegel, Jacob. 2023. 'A Guide to Understanding the Hoax of the Century: Thirteen ways of looking at disinformation', The Tablet, 29 March: <https://www.tabletmag.com/sections/news/articles/guide-understanding-hoax-century-thirteen-ways-looking-disinformation>
- UN (United Nations). 2023. 'Security Council Rejects Draft Resolution Establishing Commission to Investigate Sabotage of Nord Stream Pipeline', SC/15243, 27 March: <https://press.un.org/en/2023/sc15243.doc.htm>